Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128. Mittwoch, den 4. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Um die Schnapsprofite.

Den deutschen Schnapsbrennern ist es mit der offenen und versteckten Hilfe ihrer Freunde innerhalb der Regierungen und der gesetzgebenden Körperschaften gelungen, sich in der Spirituszentrale ein Institut zu schaffen, das ihnen ein unantastbares Monopol auf dem Inlandsmarkt sichert. Daß sie dieses Monopol zur ausgiebigen Plünderung der Branntweinkonsumenten ausnützen, ist bei der innigen Harmonie junkerlicher und kapitalistischer Elemente, die in diesem „nationalen“ Unternehmen wirken, nur selbstverständlich. Aber wie das immer in solchen Fällen geschieht: den edlen Junkern kam der Appetit mit dem Essen. Die Riesenprofite, die ihr standesgemäßes Gewerbe abwirft, genügten ihnen nicht, und sie sannen auf Mittel, noch mehr Millionen aus dem Elend der Branntweinpest zu münzen. Zu diesem Zweck veranstaltete die Spirituszentrale zunächst eine Umfrage, die Klarheit schaffen sollte über die Rentabilität der den Rohspiritus weiterverarbeitenden Schnapsfabrikation. Das Streben der Zentrale geht nämlich darauf hinaus, die Zwischenexistenzen im Verkehr mit Branntwein möglichst auszuschalten und die sogenannte „Veredelung“ des Rohspiritus selbst in die Hände zu bekommen. Durch die Umfrage wurde dann festgestellt, daß durch entsprechende Zusätze von Drogen, Zucker usw. der Geldwert des Liters Spiritus, der etwa 2 Mk. kostet, im Durchschnitt auf 5,75 Mk. gehoben, ja bei den teueren Sorten Likörs bis auf 16 Mk. gebracht wird. Diese Profite reizten die Macher der Zentrale natürlich mächtig. Es kam aber noch hinzu, daß der gegenwärtige Zustand den Preistreibereien der Zentrale gewisse Grenzen zieht. Ihre Abnehmer halfen sich nämlich bei Preiserhöhungen dadurch, daß sie den Alkoholgehalt ihrer Fabrikate herabsetzten und infolgedessen geringe Quantitäten Spiritus benötigten. Das paßt den junkerlichen Fuselproduzenten ganz und gar nicht in den Kram und sie suchten deshalb bei der letzten Aenderung der Branntweingesetzgebung einen Mindestalkoholgehalt, unter den nicht heruntergegangen werden darf, gesetzlich festzulegen. Das glückte aber nicht und so bemüht man sich nun, denselben Erfolg auf dem Wege der Selbsthilfe zu erreichen. Die gesamte Schnaps- und Likörfabrikation soll von der Zentrale „kontrolliert“ werden, was bei dem Monopolcharakter dieser agrarischen Gründung nicht allzu schwer erreichbar schien. Zwei Wege führen nach dieser Richtung. Einmal sucht die Zentrale ihre Abnehmer zu verpflichten, die Schnapssorten nicht unter einer gewissen Mindestgrenze (vorgesehen sind 30 Proz. Alkoholgehalt) in den Handel zu bringen, wodurch sofort ein größerer Absatz an Rohspiritus garantiert wird. Dann aber will man den Deklarationszwang durchsetzen, d. h. auf jeder Flasche oder jedem Gebinde soll der Alkoholgehalt dem Käufer deutlich erkennbar vermerkt sein. Das wird zur Folge haben, daß man die Güte und den Preis des Branntweins lediglich nach dem Alkoholgehalt einschätzen wird, wodurch wiederum den Rohspiritusproduzenten gedient ist.

Dieser in aller Stille ausgeheckte Plan war aber doch nicht so leicht zur Durchführung zu bringen, wie die Herren Fuselbrenner sich das dachten, zumal sich die Großdestillateure bockbeinig zeigten. Sie wollten sich nicht so leicht in die Rolle der Hörigen der Zentrale fügen. Nun ging diese aber mit der ganzen kapitalistischen Skrupellosigkeit gegen die Schnapsfabrikanten vor. Man gab den Rohspiritus unter Ausschaltung der bisherigen Abnehmer, der Großdestillateure, an deren Kunden, das sind die kleinen Gastwirte, in ganz geringen Quantitäten direkt ab. Diese stellten sich nun mit Hilfe der von den chemischen Fabriken gelieferten Extrakte den Schnaps selbst her. Und dabei allein ließ man es nicht bewenden. Um den durch den Schnapsboykott hervorgerufenen Ausfall wieder auszugleichen, anderseits aber auch die Schnapsfabrikanten endgültig ins Bockshorn zu jagen, geht die Spirituszentrale jetzt dazu über, den Rohspiritus selbst zu Trinkbranntwein zu verarbeiten und unter Ausschaltung des Zwischenhandels direkt an die Verbraucher abzugeben. In Düsseldorf ist schon eine große Likörfabrik angekauft worden und die Lufthefenspritfabrik in Werl wird folgen. Einstweilen will man klugerweise nur klare Trinkbranntweine herstellen. Diese Branntweine werden aber einen Mindestalkoholgehalt von 40 Proz. haben. Dadurch und durch den Vertrieb von Standardmarken will man die anderen Schnapsfabrikanten zwingen, auch ohne gesetzliche Vorschriften eine Erhöhung des Alkoholgehalts vorzunehmen.

Soweit sind die Dinge bis jetzt gediehen. Begreiflicherweise rief dieses Vorgehen unter den Großdestillateuren und Likörfabrikanten große Aufregung hervor, die in den Beratungen ihres dieser Tage in Breslau abgehaltenen Verbandstages ihren Widerhall fanden. Die um ihren Profit besorgten Großdestillateure berieten hin und her, wie sie ihr früher so ertragreiches Gewerbe — von dem sie wiederholt erklärten, daß es sehr hohe Profite abgeworfen habe — wieder heben und den Schlag der Zentrale parieren könnten. Am meisten war man erbost, daß die Zentrale den Spiritus in kleinen Mengen an die „Plantscher“ (gemeint sind damit die kleinen Gastwirte, um deren Mithilfe im Kampfe gegen die Zentrale man eifrigst buhlt) abgibt. Einige Redner forderten in Verfolgung dieses Gedankens einen mit bestimmten Kautelen verknüpften Konzessionszwang für die Schnapsfabrikation. Andere wieder rieten ab, die Regierung und mit ihr die Polizei zu sehr in die Betriebe hineingucken zu lassen. Trotz dieser Kampfesreden ließen die Verhandlungen aber den Eindruck zurück, daß die Schnapsfabrikanten sich im wesentlichen den Wünschen der Zentrale fügen werden. Gefordert wurde nur, daß die Zentrale die Lieferung kleiner Quantitäten Spiritus an die Kunden der Großdestillateure, die Gastwirte, einstellt. Dann will man auch über die Mindestalkoholstärke der Schnäpse mit sich reden lassen. Man meinte, es wäre besser, mit den Wölfen zu heulen und dabei etwas zu erreichen, als sich unnötig herumzuschlagen, wo doch beide, Zentrale und Großdestillateure, gut verdienen könnten. Durch diese Taktik hätte man, so führte der Vorsitzende, Dr. Schürrmann, aus, z. B. in Oberschlesien einen Extragewinn von über einer Million gehabt. Man müsse sich beeilen, die Lage der Großdestillateure zu heben, denn bald werde man in Deutschland ein Rohspiritus-Monopol haben, dem ein Fabrikations-Monopol folgen werde. Und bis dahin müsse die Schnaps- und Likörfabrikation ihren früheren goldenen Boden wieder erreicht haben, damit etwas ordentliches auch für sie dabei abfalle.

Damit hat der Verbandstag die Situation im Spiritusgewerbe geklärt. Es handelt sich nicht mehr lediglich darum, wer die Riesengewinne aus dem Schnapskonsum einsackt, sondern es werden auch die ersten Keime eines Wirtschaftsgebildes sichtbar, das, wenn es nicht bald in Deutschland zu einem staatlichen Monopol kommen sollte, in Form eines Trustes Werte in der Höhe von einer Milliarde Mark „kontrollieren“ wird.

Die preußischen Landtagswahlen.

Unter dem indirekten Wahlsystem sind die Abgeordnetenwahlen nur noch eine Bestätigung des Ergebnisses der Wahlmännerwahlen. Es haben deshalb auch im wesentlichen nur die Wahlen in den Kreisen ein Interesse, wo Stichwahlen stattzufinden haben. Die besondere Art des Wahlsystems bringt es nun auch noch mit sich, daß selbst über diese Kreise noch recht spärliche Nachrichten vorliegen. Nur eins steht fest:

Es sind sicher 10 Sozialdemokraten gewählt!

In Berlin wurden, woran nicht zu zweifeln war, die sozialdemokratischen Kandidaten Paul Hoffmann, Paul Hirsch, Adolf Hoffmann, Heinrich Ströbel und Karl Liebknecht gewählt. In Schöneberg-Neukölln erhielt Gen. Hue 834 Stimmen, die Gegner noch nicht 600; damit war auch Hue gewählt. In Hannover-Linden siegte Leinert mit 244 gegen 190 Wahlmännerstimmen und in Oberbarnim-Niederbarnim wurden unsere Genossen Otto Braun, Hofer und Konrad Haenisch mit rund 200 Stimmen Mehrheit gewählt.

In Berlin 12 stehen wir in einer leider aussichtslosen Stichwahl. Gen. Ernst erhielt 331, der Fortschrittler Runtze 343 und der Konservative 37 Stimmen. Die Stichwahl findet am 9. Juni statt.

Die Fortschrittler in Niederbarnim haben die von ihrer Parteileitung ausgegebene Wahlparole, unter keinen Umständen den Konservativen zu wählen, verhältnismäßig gut gehalten. Es erhielten in den einzelnen Wahlbezirken im ersten Wahlgang:

	Soz.	Kons.	Liberal	Stichwahl: Soz.	Stichwahl: Kons.
Friedrichsfelde	72	114	40	80	118
Friedrichshagen	134	63	49	132	73
Pankow	196	117	71	204	132
Reinickendorf	162	100	70	164	108
Eberswalde	11	12	61	11	37
Rosenthal	83	105	29	?	?
Lichtenberg I	192	33	35	192	36
„ II	189	18	40	192	25
Wriezen	58	156	48	?	?

Es ergibt sich aus dieser Zusammenstellung, daß die Liberalen bei der Stichwahl fast ausnahmslos weggeblieben sind.

Von besonderem Interesse ist noch die Wahl im 10. Berliner Kreise, wo der Fortschrittler mit nur wenigen Stimmen Mehrheit gewählt wurde. Die Sozialdemokraten erhielten 427, der Fortschrittler 439 Stimmen bei insgesamt 869 Wahlmännern.

In Teltow-Beeskow siegten die beiden liberalen Kandidaten Pfarrer Traub und Liepmann mit 1053 über 582 konservative Wahlmänner.

In Kiel wurde der Fortschrittler Hoff gegen unseren Genossen Brecour gewählt. In der Stichwahl stimmten die Nationalliberalen für den Fortschrittler.

Ein Gesamtresultat, aus dem die definitive Parteistärke im Landtage hervorginge, liegt noch nicht vor.

Das Ergebnis der gestrigen Hauptwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus lag um 11 Uhr abends vor. 439 Abgeordnete sind definitiv gewählt. In zwei Wahlkreisen haben für vier Abgeordnete Stichwahlen stattzufinden. Von den Gewählten sind 147 Konservative, 53 Freikonservative, 73 Nationalliberale, 37 Volksparteiler, 103 Zentrumsabgeordnete, 12 Polen, 2 Dänen, 10 Sozialdemokraten, 1 Deutsch-Sozialer und 1 Christlich-Sozialer. Bei 42 Mandaten hat eine Verschiebung in der Fraktionszugehörigkeit stattgefunden. Die Konservativen gewinnen 10 und verlieren 15, die Freikonservativen gewinnen 2 und verlieren 9, das Zentrum gewinnt 5 und verliert 5, die konservativen Wilden gewinnen 2 und verlieren 1, die Polen verlieren 2, die Nationalliberalen gewinnen 13 und verlieren 5, die Fortschr. Volkspartei gewinnt 6 und verliert 5, die Sozialdemokraten gewinnen 4 Sitze. Die Gesamtverschiebung stellt sich also folgendermaßen: Konservative minus 5, Freikonservative minus 7, konservative Wilde plus 1, Polen minus 2, Nationalliberale plus 8, Fortschrittliche Volkspartei plus 1, Sozialdemokraten plus 4. In Stichwahl stehen in Brandenburg 3 Konservative mit 3 Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei.

Wie die Freisinnigen der Reaktion Mandate zugeschanzt haben, zeigt die Wahl in Pinneberg. Im ersten Wahlgang erhielt dort Graf v. Moltke (F.) 204 Stimmen, Landmann Fegter (FVp.) 113, Adolph von Elm (S.) 117 Stimmen. Im zweiten Wahlgang vereinigten sich auf Graf v. Moltke 214, auf von Elm 120 Stimmen. Die Freisinnigen enthielten sich der Abstimmung und sorgten auf diese Weise dafür, daß ein Gegner der Landtagswahlreform in den Landtag einzieht. Graf Moltke war gewählt. Bei der vorausgegangenen Prüfung der Wahlmännerwahlen wurden nun Wahlen aus Bezirken in Uetersen, Lokstedt, Rissen, Eßingen und Langenlohe wegen Formfehler für ungültig erklärt, wodurch dem Freisinn 7, den Sozialdemokraten 6 und den Konservativen 3 Wahlmänner verloren gingen. Es ist Wahlprotest eingelegt worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auch ein Erfolg kolonialer Kulturarbeit.

Dr. Paul Rohrbach, der bekannte wissenschaftliche Verfechter des deutschen Imperialismus, dem man sicherlich keine Voreingenommenheit gegen die deutsche Kolonialpolitik nachsagen kann, befindet sich zurzeit auf einer Afrikareise. Die „Frankfurter Ztg.“ veröffentlicht seine Reisebriefe, deren einer den Titel trägt: „Kameruner Versäumnisse“. In diesem Briefe schreibt Rohrbach u. a.:

„In ganz Süd-Kamerun, man kann fragen, wen man will, Kaufleute, Verwaltungsbeamte, Militärs, gibt es nur eine Stimme über die grauenerregende Zunahme der Geschlechtskrankheiten unter den Eingeborenen. Hand in Hand damit geht die immer deutlicher zu beobachtende Abnahme der Bevölkerung in den Trägerdistrikten. Exakte Zahlen für sie lassen sich nicht geben weil von wirklicher Eingeborenenstatistik in Kamerun, mit sehr wenigen Ausnahmen, noch nirgends die Rede ist. Die alten Kamerunkenner bestätigen die Tatsache aber einmütig. Es kann auch nicht anders sein, wenn man sich die aus dem Trägerverkehr folgenden geschlechtlichen Zustände vergegenwärtigt. Bei den Jaundes und den meisten übrigen Stämmen in Süd-Kamerun geben sich die Weiber gegen Bezahlung ohne viel Umstände zum Verkehr mit durchziehenden Fremden her; in manchen Fällen werden sie auch von ihren eigenen Männern dazu vermietet. Es ist ein einfaches Geschäft, und die Frauen genieren sich nicht, sich anzubieten. Ich habe es selbst erlebt, das eine ganze Gesellschaft am Wege stand und sang: wir schlafen gerne mit den Fremden, die durchziehen, aber sie müssen gut bezahlen, sonst laufen wir fort, wenn sie uns haben wollen — wozu der Boy, der mir den Gesang übersetzte, die treffende Bemerkung auf Negerenglisch machte: Jaunde people like money so much! Es ist klar, daß sich bei dieser Praxis eine zunehmende Verseuchung der großen Trägerstraßen mit Geschlechtskrankheiten aller Art ergeben muß. Die ebenso unab-

wendbare Folge ist, daß, im Verein mit dem massenhaften Trägerdienst der Frauen, der in derselben Richtung wirkt, die Zahl der Geburten sich andauernd verringert. Von irgend welcher durchgreifend und systematisch gearteten Bekämpfung der sexuellen Krankheiten ist nirgends in Kamerun die Rede. Man kennt das Uebel aus den Berichten der Aerzte, und man läßt es doch immer weiter um sich fressen, obwohl die einfachste Ueberlegung jedermann sagen sollte, wohin die Dinge treiben. Es kommt einen hart an, zu schreiben, daß dreißig Jahre nach der Erklärung der deutschen Schutzherrschaft über Kamerun in weiten Teilen der Kolonie die gesundheitlichen Zustände bei den Eingeborenen schlimmer geworden sind als sie früher waren, und daß Bevölkerungsabnahme statt Zunahme stattfindet!"

Das Jahrhundert-Festspiel ohne Preußenfahnen und Eisernes Kreuz.

Allen Hurrapatrioten, denen eine Jahrhundertfeier verfehlt erscheint, wenn sie sich über das Niveau einer byzantinischen Komödie erhebt, ist bitterer Schmerz widerfahren: Das Jahrhundertfestspiel Gerhart Hauptmanns erweist sich als ungenügend „patriotisch!"

Der „Deutschen Tageszeitung" schreibt ein bekümmerter Patriot:

„Die heutige Sonnabendvorstellung zum Gedenken der Befreiung Preußens vor hundert Jahren war bei aller glänzenden Aufführung nur eine Verherrlichung der französischen Revolution, eine Verherrlichung Napoleons und eine Verhöhnung Preußens und seiner Helden. Das Eiserne Kreuz und die Preußenfahne glänzten durch Abwesenheit, dafür herrschte das schwarz-rot-goldene Banner. Bezeichnend für den Geist des ganzen Stückes war der Jubel eines gewissen Teils der Breslauer Bevölkerung."

Unser Breslauer Mitarbeiter bestätigt uns, daß im konservativ-klerikalen Lager durchgängig die Stimmung herrscht, die in dem Agrarierblatt zum Ausdruck kommt. Er schreibt uns:

Das mit Spannung erwartete Jahrhundertfestspiel Hauptmanns in der Breslauer Halle der Zehntausend brachte den „Patrioten" eine unangenehme Ueberraschung. Die konservativ-klerikale Presse konstatiert grollend, daß Hauptmann seine Dichtung nicht in eine Verherrlichung, sondern in eine Verdammung des Krieges und eine Apotheose des Friedens ausklingen läßt. Schon in der Erstaufführung am Sonnabend-Abend wurde der Protest der blauschwarzen Patrioten laut, die es Hauptmann nicht verzeihen konnten, daß er seine höchste Kraft in die Schilderung einer Revolutionsszene von 1793 legte und die Gestalt Napoleons historisch würdigt, während er den König Wilhelm von Preußen, den Zaren und den österreichischen Kaiser in der Versenkung verschwinden läßt. Das klerikale Berliner Blatt erhebt feierlichen Einspruch gegen das Stück Hauptmanns:

„Wir wollten keine Verherrlichung der Revolution in der Jahrhundertfeier, keine Verherrlichung eines faulen Friedens, wenn es sich um die höchsten Güter der Nation handelt."

Daß gerade ein klerikales Blatt diesen Abscheu vor dem Frieden hat, ist übrigens für die neuere Zentrumsrichtung bezeichnend. Der Vers, an dem die gutgesinnte Welt am meisten Anstoß nimmt, lautet:

„Allein ich sehe dämmern fern des Friedens Tag,
So sehr die giftige Pestilenz auch heute noch
Und finsterer Wahnsinn toben in Europas Blut."

Der Schluß, an den Kriegshelden Blücher gerichtet, sagt:

„Du wackrer Grautopf liag an Deinem Ort,
Was laben bleiben soll, das sei Dein Wort.
Ich schenke es Deutschland, brenn' es in sein Herz —
Nicht Deine Kriegslust, aber Dein „Vorwärts!"

Dieses „Vorwärts" fiel den festfeiernden Rückwärtsern besonders hart auf die Nerven, sie zischten denn auch wacker am Schlusse des Festspiels.

Presse und Spionagegesetz.

Die dritte Jahresversammlung des „Reichsverbandes deutscher Presse", die am Sonntag in Düsseldorf stattfand, nahm zu dem neuen Gesetzentwurf über das Spionagewesen diese Resolution an:

„Der Reichsverband der deutschen Presse erkennt an, daß die Presse auf die Interessen der Landesverteidigung die weitestgehende Rücksicht zu nehmen und bei der Aufnahme von militärischen Nachrichten und Artikeln die größte Wachsamkeit zu betätigen hat. Der Reichsverband lehnt aber die zu weitgehenden Forderungen ab, die eine Ausschaltung der militärischen Nachrichten und Artikel aus der Presse bezwecken, und zwar weil sie undurchführbar und für das Heer ebenso schädlich sind wie für die Presse. Aufs schärfste widerspricht der Reichsverband den Bestimmungen im neuen Spionagegesetz, die die Sicherheit des Heeres mit einer ewigen Rechtsunsicherheit der Presse erkaufen. Der Reichsverband erwartet die Erfüllung der meisten Wünsche der Heeresverwaltung von einem engeren, vertrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen Heer und Presse unter Mitwirkung der zuständigen Berufsorganisationen: des Reichsverbandes und des Verlegervereins. Er bittet um die Errichtung einer großen, nach modernen Gesichtspunkten geleiteten Zentralstelle für Auskunftserteilung der Presse beim Kriegsministerium oder beim Generalstab, und um die Errichtung von Auskunftstellen bei allen selbständigen Truppenteilen."

Ein Opfer der fortschrittlichen Landtagswahltaktik.

Das „Berliner Tageblatt" meldet lakonisch:

„Der bisherige fortschrittliche Landtagsabgeordnete für Ober- und Niederbarnim Dr. Schepp hat unter Hinweis auf die letzten Parteivorgänge in dem Wahlkreise seinen Austritt aus dem fortschrittlichen Wahlverein für Niederbarnim erklärt."

Unter den „letzten Vorgängen im Wahlkreise" können nur die Verhandlungen über die Haltung der fortschrittlichen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl gemeint sein. Bekanntlich haben die Konservativen den Fortschrittlern angeboten, einen Fortschrittler und zwei Konservative wählen zu helfen. Wäre dieser Vorschlag von der Fortschrittspartei angenommen worden, dann wäre das Mandat des Herrn Schepp natürlich gesichert gewesen; aber die Fortschrittler lehnten den konservativen Vorschlag ab und die Wahlmänner im Kreise Ober- und Niederbarnim haben der Fortschrittlichen Parteileitung zugestimmt. Darüber ist nun Herr Schepp so wütend, daß er seinen Austritt aus dem dortigen Wahlverein erklärt hat. Für Herrn Schepp handelte es sich also um die Frage: Mandat oder Prinzip, und er hätte, wie sein Verhalten zeigt, lieber das Prinzip schießen lassen, als das Mandat. Für einen bürgerlichen Politiker allerdings nichts besonders Auffälliges.

Ueber die Wehrsteuern

hat am Dienstag wieder eine vertrauliche Besprechung zwischen Regierungsvertretern und Abgeordneten stattgefunden. Mit dieser vertraulichen Besprechung hängt vielleicht die Mitteilung der „Täglichen Rundschau" zusammen, die sie über die angebliche Auffassung der Regierung von der notwendigen Gestaltung des Wehrbeitrags macht. Danach geht der Regierung die Heranziehung des Einkommens bis herunter zu 5000 Mark viel zu weit. Die Regierung findet auch, daß der Unterschied zwischen fundiertem Einkommen (Einkommen aus Kapitalvermögen) und nichtfundiertem Einkommen (Einkommen aus Erwerb), den sie in ihrer Vorlage ausreichend berücksichtigt habe, von der Budgetkommission gar nicht berücksichtigt worden sei. In dieser Beziehung werde die Regierung auf Abänderungen drängen. Weiter werde sie darauf dringen, daß die Grenze für die Heranziehung der Einkommen erheblich, etwa bis auf 20 000 Mark, heraufgesetzt werde. Die Regierung müsse Rücksicht auf die Bundesstaaten nehmen. Diese erblickten in der starken Heranziehung der Einkommen eine Gestaltung des Wehrbeitrags zu einer Reichseinkommensteuer. Eine solche wollten aber die Bundesstaaten unter allen Umständen vermeiden. Die bisherigen Vereinbarungen über die Gestaltung des Wehrbeitrages müßten demnach einschneidende Aenderungen erfahren.

Eine Bestätigung dieser Mitteilung der „Täglichen Rundschau" liegt bisher von keiner Seite vor.

Ein hauptstädtisches Organ Bassermanns.

Die „Deutsche Journalpost" meldet, daß am 1. September in Berlin eine Tageszeitung nationalliberaler Richtung gegründet werden soll, die im wesentlichen die Politik Bassermanns zu vertreten hätte. Es soll sich eine Aktiengesellschaft mit 600 000 Mk. Kapital bilden, die als Herausgeber des Blattes fungiert. Man hofft, sich bei der Verbreitung des Blattes auf den deutschen Bauernbund stützen zu können, dessen Vorsitzender, Landtagsabg. Wachhorst de Wente, sich um das Zustandekommen des neuen Organs sehr bemüht habe. Die gleiche Unterstützung erhofft man durch andere der nationalliberalen Partei nahestehende Vereinigungen und Verbände. Auch der Chefredakteur soll schon gewählt sein. Es soll ein nationalliberaler Politiker aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet sein, der verschiedentlich für die Nationalliberalen kandidierte. Das Blatt soll den Namen „Deutsche Tagespost" führen und täglich erscheinen. Es werde sich, wie ausdrücklich betont wird, vor allem die Unterstützung der Politik Bassermanns zur Aufgabe machen.

Oertelsche Erziehungsresultate.

Zu der Arbeitslosendemonstration in Breslau, die von der Polizei in der üblichen Weise verhindert werden sollte, hatte die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt:

„Wenn die Arbeitslosen in den Städten, die nicht auf dem Lande arbeiten wollen, sich zu einer förmlichen Gefahr für den friedlichen Bürger ausbilden, so wird es die höchste Zeit, daß schärfere Maßnahmen gegen sie ergriffen werden."

Diese freundliche Stellungnahme hat einen Agrarier in Schreibendorf, Kreis Strehlen, veranlaßt, folgende gefühlvolle Karte an den Vorsitzenden des Breslauer Gewerkschaftskartells zu senden:

„Bitte schicken Sie Ihre sogenannten Arbeitslosen, auf deutsch: Faulenzer, Bummler, die neulich demonstriert, aufs Land. Wir müssen uns für teures Geld Ruthenen, Russen, Polen, Schweizer usw. kommen lassen, weil Sie und Ihr Anhang Landarbeit nicht mehr leisten mögen, lieber in die Stadt gehen, Gelegenheitsarbeit oder gar keine suchen, Ihre Damen auf der Gartenstraße, und dann möchten wir Ihre tuberkulöse Nachzucht hier mit Kuhmilch auskurieren."

Die Roheit dieser Zusammenstellung von Arbeitslosen mit Dirnen, die dem zahlungsfähigen Publikum dienen, das Hineinziehen lungenkranker Kinder in die Beschimpfungen ist eine Leistung, deren nur Agrarier Oertelscher Erziehung fähig sind. Da zu den Organisationen, die um Abstellung der Not beim Breslauer Magistrat petitionierten, auch die christlichen Gewerkschaften gehören, kann sich der Briefschreiber ja bei ihnen erkundigen, weshalb ein Uebergang von Industrie- und Stuben-Arbeitern zu landwirtschaftlicher Beschäftigung für viele Arbeiter ausgeschlossen ist.

Großblockabkommen in Baden.

In Karlsruhe haben am Sonntag die abschließenden Besprechungen zwischen Sozialdemokraten, Fortschrittlern und Nationalliberalen über ein Großblockabkommen bei den nächsten Landtagswahlen stattgefunden. Ueber den Inhalt des Abkommens, der nur den wenigen an den Verhandlungen beteiligten Vertretern der einzelnen Parteien bekannt ist, war bisher nichts zu erfahren. Wie uns aus Baden mitgeteilt wird, steht zu erwarten, daß die Organisationen der drei Parteien dem Abkommen zustimmen werden.

Österreich-Ungarn.

Die Verurteilung des ungarischen Ministerpräsidenten Lukacz. Die Budapester Richter haben den Korruptionsminister Lukacz verurteilt. Sie sprachen den früheren Staatssekretär Déry, der den Ministerpräsidenten der schwersten Korruption beschuldigt hatte, von der Anklage der Verleumdung Lukacz frei und legten die Kosten des Prozesses in Höhe von 2500 Kronen der Staatskasse auf. Das Urteil hat begreiflicherweise ungeheures Aufsehen erregt. Wenn auch alle Welt von der Schuld Lukacz überzeugt war, so glaubte doch niemand, daß ein Gerichtshof so klipp und klar die Berechtigung der Vorwürfe gegen Lukacz anerkennen würde. Infolge des Urteils hat die sozialdemokratische Parteileitung für Dienstag abend 20 Volksversammlungen einberufen zur Besprechung des Urteils. Es ist das Gerücht verbreitet, daß das Gesamtministerium am Mittwoch seine Demission einreichen wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Mittwoch, 4. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschland, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gewerkschaftshause tagte, war ziemlich gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der im letzten Monat verstorbenen Genossen F. Gießfeldt und Paul Kreilenberg, sowie der Genossin Meyer in der üblichen Weise. Hierauf verlas der Vorsitzende Genosse Löwigt ein Telegramm aus dem hervorging, daß bei den preußischen Landtagswahlen in Ober- und Niederbarnim die drei Sozialdemokraten Braun, Hofer und Haenisch gewählt worden sind, was mit Beifall begrüßt wurde. Dann erstattete Genosse Bromme die Abrechnung von der Maifeier, die einen Überschuß von 950,36 Mark ergab. In der Debatte wurde gerügt, daß einzelne Händler die Genossen übervorteilt haben, so ist es vorgekommen, daß 50 Pfennig für eine Brause gefordert wurden. Die Abrechnung von der 50jährigen Gedenkfeier der Gründung der deutschen Sozialdemokratie — die ebenfalls vom Genossen Bromme erstattet wurde — schloß mit einem Defizit von 27,30 Mk. ab. Hierauf nahm der Genosse A. Rupprecht-Hamburg das Wort zu seinem Vortrag über das Genossenschaftswesen. Er führte u. a. aus: Die Genossenschaften sind nichts Neues. Die Menschen haben schon im Altertum sich gegenseitig gestützt. Die Werkgenossenschaft des Mittelalters und die Handwerkerzünfte waren auch genossenschaftliche Erscheinungen. Der Zusammenschluß der wirtschaftlich Schwachen als Folge der kapitalistischen Entwicklung soll die Schwachen stark machen. Auch der heutige Staat ist bereits ein Gebilde genossenschaftlicher Art. Der Staat beteiligt sich durch industrielle Unternehmungen am Wirtschaftsleben. Auch die Gemeinde hat solche Funktionen in die Hand genommen. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, Post und Eisenbahn könnten ganz gut Genossenschaftsbetriebe sein. Es ist nur zu begrüßen, wenn immer mehr Funktionen in die staatliche Zwangsgenossenschaft übergehen. Die heutige Arbeiterschaft versteht indes unter Genossenschaft in der Hauptsache die Konsumvereine, die sogenannten freien Genossenschaften, die meist aus Arbeitern bestehen und für die auch unsere Genossen arbeiten. Das war nicht immer so. Redner erörterte dann die Stellung unserer Partei zum Genossenschaftswesen, wie sie sich im Laufe der Jahrzehnte entwickelte. Er hob hervor, daß man früher eher Produktiv- als Konsumgenossenschaften das Wort redete. Das war namentlich bei Marx und Lassalle der Fall. Auch in Frankreich hat man derartige Experimente gemacht. Die Arbeiter konnten natürlich nur solche genossenschaftlichen Produktivbetriebe gründen, die nicht allzuviel Kapital erforderten. Leider verkrachten viele. Nur wenige waren erfolgreich. Die letzteren entarteten aber zum Teil kapitalistisch. Sie wirkten dahin, die Zahl der Genossen zu verkleinern und nur Arbeiter anzunehmen. Solche Betriebe entwickelten sich allmählich zu Aktiengesellschaften. Es zeigte sich schließlich, daß nur in Verbindung mit den Konsumenten etwas Leistungsfähiges geschaffen werden konnte. Bei Produktivgenossenschaften verloren Tausende von Arbeitern ihre Einlagen und mußten die Haftsummen aufbringen. Zu der Zeit, da die deutschen Arbeiter solche zweifelhaften Unternehmungen probierten, waren die Nachkommen „der redlichen Pioniere von Rochdale" in England dahin gekommen, in Verbindung mit der Konsumentenorganisation Produktivbetriebe zu gründen. Es war vorteilhaft, erst den Verbrauch zu organisieren, ehe man an die Produktion ging. England hat Riesenerfolge erzielt. In Deutschland waren zunächst nicht die Arbeiter die Träger des Konsumgenossenschaftswesens, sondern die bürgerlichen Anfänger von Schulze-Delitzsch. Redner ging dann auf die Genossenschaftsdebatten der deutschen Parteitage näher ein, um hierauf die Wirkungen des Großkapitals auf das Wirtschaftsleben zu erörtern. Die kapitalistische Entwickelung mit ihren Ringen, Syndikaten und Trusts hat die freie Konkurrenz zum großen Teil ausgeschlossen. Man arbeitet mit Methoden, in denen es ausgeschlossen ist, die Zahl der Konkurrenten zu vermehren. Es gibt heute Syndikate, in denen alle Betriebe des betr. Reiches einbezogen sind. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, das Hefesyndikat u. a. haben die gesamte Produktion in Händen, sind geschlossene Organisationen, diktieren die Preise. Mehr als eine Milliarde muß jährlich das deutsche Volk für solche künstliche Preissteigerungen dem Kapitalismus entrichten. Nur mächtige Genossenschaften können dem entgegenwirken. Der englische Seifenring wurde seinerzeit gesprengt, weil es dort zwei Genossenschaftsseifenfabriken gab, die den Preissteigerungen entgegentraten. Man wurde auch in Deutschland auf die mächtige Entwicklung des englischen Genossenschaftswesens aufmerksam und ging darum nach England, um dort zu studieren und die Ergebnisse auch auf Deutschland zu übertragen. Doch immer noch waren die Arbeiter z. T. mißtrauisch. Redner besprach die Entwicklung der deutschen Konsumvereine, die erst mit den Klimbimvereinen in einen Topf geworfen wurden und heute einen so achtunggebietenden Faktor im Wirtschaftsleben darstellen. In einem Jahrzehnt gewannen die deutschen Konsumvereine 1 Million Mitglieder. Es kam die Erkenntnis bei der sozialdemokratischen Partei, daß man den Genossenschaften nicht mehr ablehnend gegenüberstehen, sondern daß man sie unterstützen müsse. Genosse Rupprecht erinnerte an die Resolutionen von Kopenhagen und Magdeburg, die den Arbeiter direkt in den Konsumverein verweisen. Die Genossenschaften sind eine Macht geworden. Was nützt den Arbeitern das Emportreiben der Löhne, wenn die Syndikate durch höhere Preise ihnen die Kaufkraft des Geldes verringern. Also müssen wir Einfluß auf die Preisbestimmung zu gewinnen suchen. Als Mittel dazu sollen die Genossenschaften dienen. Noch in jedem Ort, wo ein Konsumverein gegründet worden ist, sind die Krämer mit den Preisen heruntergegangen. Ein Beweis, daß die Konsumgenossenschaft überall preisregulierend wirkte. Und oft sind ganz erhebliche Vorteile für die Verbraucher gewonnen worden. Ohne die Genossenschaften wären die Preise noch viel höher. Auf die Neutralität der Konsumvereine übergehend, kam Genosse Rupprecht zu dem Schlusse, das innere Wesen der Genossenschaften zwinge sie, politisch neutral zu sein. Man habe deshalb auch immer Schiffbruch gelitten, wenn man die Konsumvereine einer politischen Partei dienstbar

machen wollte. Wenn man alle Konsumenten habe, könne man den größten Einfluß erringen. Nachdem Redner auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, die Spargroschen der Arbeiter bei den Banken der Genossenschaften zu belegen, damit sie nicht für arbeiterfeindliche Zwecke, sondern im Interesse der Arbeiter für Wohnungsbauten usw. verwendet werden könnten, schloß er mit dem Hinweis, daß die modernen Genossenschaften in ihrer Konsequenz Sozialismus bedeuten. (Lebhafter Beifall.) Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Genossen Natzke und P. Löwigt beteiligten und einem kurzen Schlußwort des Genossen Ruppreck kam man zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Als Delegierte zum diesjährigen Parteitag in Jena wurden vom Vorstand und Ausschuß die Genossen Bromme und Mehrlein, sowie die Genossin Jaeckstat zur Urwahl vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung setzte den Genossen Heinrich Schmidt noch auf die Vorschlagsliste. Über die Erweiterung des Jugendheims berichtete Genosse Bromme. Die Versammlung erklärte sich mit den gemachten Vorschlägen einverstanden. Unter „Verschiedenes" wird beschlossen, in der nächsten Versammlung eine Regelung über die Teilnahme an den Beerdigungen verstorbener Mitglieder zu beraten.

Moderne Streikbrechervermittelung. „Streng vertraulich! Im Interesse der Sache ist strengste Diskretion erforderlich. Es wird höflichst gebeten, bei Beantwortung diesbezügl. Schreiben keine Postkarten zu benutzen." Diesen Vermerk trägt ein Schreiben der Firma Lindenberg u. Meyer, Unternehmer, Wandsbek-Hamburg, in dem diese den „Herren Arbeitgebern" in schauderhaftestem Deutsch folgendes Angebot machen:

„Infolge heutiger Lage auf dem Arbeitsmarkt und des Vorgehens der organisierten Arbeiterschaft sowie deren Organe ist es unbedingt erforderlich, daß den Herren Arbeitgebern Gelegenheit gegeben wird, sich gute und arbeitswillige Handwerker und Arbeiter bei eintretenden Streiks und Aussperrungen zu sichern.

Durch unser Unternehmen ist es heute den Arbeitgebern möglich, die oft (!) unberechtigten Forderungen der Arbeiter zurückweisen zu können und erfolgt die Uebernahme der bestreikten Arbeit durch uns als selbständige Unternehmer.

Wir können jeden Betrieb innerhalb 24 bis 48 Stunden mit ca. 1500 Handwerkern und Arbeitern und ev. mehr übernehmen.

Viele industrielle Unternehmungen sowie Arbeitgeberverbände haben Verträge auf Jahre hinaus mit uns geschlossen und möchten wir nicht unterlassen, auch Ihnen die Schließung eines solchen Vertrages mit uns zu empfehlen."

Es folgt dann das Angebot persönlicher Rücksprache und der Hinweis auf gedruckt beigelegte Anerkennungsschreiben. In diesen sind folgende Firmen angeführt: Aachener Musterkartenfabrik Gluba u. Nebe; Karl Lucas, Brauerei, Herford; Chemische Düngerfabrik, Rendsburg; Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Busch, Bautzen; Berliner Kalksandsteinwerke Robert Guthmann, Niederlehme; Fischereihafen-Betriebsgenossenschaft, Geestemünde; Norddeutsche Brauereivereinigung, Bielefeld; Delmenhorster Wagenfabrik; Karl Tönjes A.-G.; Zeitter u. Winkelmann, Braunschweig; Glas- und Spiegelmanufaktur Kinon u. Co., Leipzig; Alfred Appel, Hamburg; Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft; Midgard, Deutsche Seeverkehrs-A.-G., Nordenham; Chemische Produktenfabrik Pommerensdorf bei Stettin; Edler u. Krische Hannover; Waggonfabrik Rastatt; Zuckerwarenfabrik Gustav Mahn u. Co., Wolfenbüttel; Getreideheber G. m. b. H., Hamburg; H. W. Rümcker, Stuhlrohrfabrik, Bergedorf; Deutsche Zelluloidfabrik, Eilenburg; Vereinigte Berliner Mörtelwerke; J. Zeidler, Niederlehme; Hermann Michaelsen, Altona; Elmshorner Lederfabrik Heinr. J. W. Kruse; Villeroy u. Boch, Dänischburg bei Lübeck; Baltische Mühlen-Akt.-Ges., Neumühlen bei Kiel; Gustav Verclas, Hannover; Kohlenhandlungsgesellschaft m. b. H., J. Holm, Sonderburg; Elmenhorst u. Co., Henneburg (war besonders mit dem Kontrolleur J. Eggers zufrieden); Paul Wolf u. Co., Darmstadt; Ludwig Alter, Darmstadt (dankt für Ernst Rokowsky, Artur Wagner, Paul Beck, Anton Lehner, Kurt Müller, Ernst Bolzta, Felix Schnabel, Johann Scherer, Alois Machachewsky); Karl Hirschberg, Oelkuchenmühlen, Hamburg; Chemische Fabrik Ahrensbök, Fürstentum Lübeck (Kontrolleur Buhrig war seiner Aufgabe voll gewachsen).

Recht eigenartig muß es berühren, daß sich unter diesen Firmen auch die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft befindet, bei der sich im Herbst 1910 die Streikbrecher derart rabiat benommen haben, daß einige von ihnen zu insgesamt dreizehn Jahren Gefängnis wegen Landfriedensbruches verurteilt wurden! Und wie „nützlich" die Streikbrecher sonst bei der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft gewirkt haben, erhellt zur Genüge die Tatsache, daß das Werk im Aussperrungsjahr einen großen Verlust zu verzeichnen hatte, der nach den Angaben der Betriebsleitung durch die Aussperrung und damit auch durch die „Leistungen" der Arbeitswilligen verursacht worden ist.

Die Streikbrechervermittelung scheint sich im übrigen zu rentieren, denn Lindenberg u. Meyer haben sogar ein Bankkonto bei der Commerz- und Diskonto-Bank in Hamburg. Sie scheinen also immer noch Dumme zu finden, die sich lieber, statt sich mit ihrer Arbeiterschaft zu einigen, mit zweifelhaften Elementen umgeben. Man darf es wohl aber als Aufschneiderei ansehen, wenn Lindenberg u. Meyer binnen 24 bis 48 Stunden 1500 Mann versprechen. Ein so „wohlassortiertes" Streikbrecherlager unterhalten sie wohl kaum, es müßte denn sein, daß sie die gesamte Kundschaft der Hamburger Kaschemmen mobilisieren.

Das „Streng vertraulich!" könnte zu der Annahme verleiten, daß sich die Streikbrecher-Agenten ihres wenig estimierten Gewerbes schämen. Möglich auch, daß es nicht der Fall ist. Vielleicht will man dadurch nur verhüten, daß die mit dem Angebot gütigst Bedachten sich nicht weiter über dessen Wert erkundigen. Sie könnten nämlich sonst erfahren, daß Lindenberg u. Meyer das Geschäft der nicht gerade rühmlich bekannten Firma Auguste Müller Witwe fortsetzen!

Der Parademarsch der „Sanitäter". Man hat sich ja mit der Zeit daran gewöhnt, daß der Drill des Kasernenhofes zum Vorbild für alle möglichen bürgerlichen Veranstaltungen und Vereinigungen genommen wird, daß man gerade dasjenige nachäfft, was am wenigsten praktischen Wert besitzt. Bei Kriegervereinen und Kameradschaftsbünden fällt das überhaupt nicht mehr auf; deren Mitglieder haben keine eigene Meinung und dürfen sich ja auch nur politisch so betätigen, wie die Macher es verlangen. Etwas anders liegen die Dinge — oder sollten sie wenigstens liegen! — bei der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz. Deren Aufgabe ist es doch, bei Unglücksfällen oder auch, was hoffentlich nie notwendig sein wird, im Kriege den Verletzten Hilfe zu leisten. So glaubt ein großer Teil des Publikums wenigstens. Wer dieser Meinung ist, der verkennt aber einen der Hauptzwecke der Sanitäter. Was nützt die sachgemäßeste Hilfeleistung, wenn derjenige, der sie ausführt, nicht den Parademarsch exekutieren kann. Dies erkennend, hat die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz am Sonntag bei einer Uebung gezeigt, daß sie auf der Höhe steht. Darüber berichtet die bürgerliche Presse:

„Senator Kulenkamp brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus. Den Schluß der Uebung bildete ein unter dem Kommando des Herrn Imholz-Schlutup exakt ausgeführter Parademarsch, von dem noch besonders als lobenswert zu erwähnen ist, daß sich an demselben eine Reihe bereits in hohem Lebensalter stehender Sanitäter in jugendlicher Frische beteiligten."

Natürlich finden auch wir den exakten „Parademarsch der alten Sanitäter" besonders lobenswert; denn er zeigt mehr wie manches andere, worauf bei jenen Vereinen das größte Gewicht gelegt wird. Nur hat die Sache auch eine unfreiwillig-komische Beimischung. Gerade diejenigen, die sich jugendliche Frische im hohen Lebensalter bewahrt haben, müßten das erkennen.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Juni 1913: 26 671 Mitglieder gegen 24 136 im Jahre 1912. Auf Männer entfielen davon 17 929 (1912 16 691), auf Frauen 8742 (1912: 7445). Erwerbsunfähig krank waren am letzten Mai 1913: Männer 387 (1912: 354) und Frauen 384 (1912: 283). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Mai 2023 (1912: 1891) erteilt. Sterbegeld wurde im Mai für Mitglieder in 12 Fällen, für Angehörige in 40 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 30 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Mai 14 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Post-Nachsendungen. Die Zustellung der Postsachen wird meistens dadurch verzögert, daß bei Angabe von Nachsendungsanträgen es unterlassen wird, die genaue Adresse im neuen Aufenthaltsort anzugeben. Infolgedessen ist die Postanstalt gezwungen, erst das Quartier zu ermitteln, was immer mit Zeitverlust verbunden ist. Ist vor der Abreise die Wohnung noch nicht bekannt, so genügt ein Antrag auf Nachsendung postlagernd. Dabei wird man gut tun, sofort nach Mietung einer Wohnung dem Postamt am neuen Aufenthaltsorte diese schriftlich anzuzeigen, damit die Sendungen nicht erst lagern, sondern mit der Wohnungsangabe versehen und ausgetragen werden. Auch bei der Weiter- und Heimreise unterlasse man nicht, dem Postamte am letzten Aufenthaltsort schriftlich die neue Adresse oder die des Heimatsortes mitzuteilen, weil es nur auf diese Weise möglich wird, später noch eingehende Postsachen unaufgehalten in die Hände zu bekommen. Sehr zweckmäßig ist es ferner, dem Heimatspostamte vor der Rückkehr schriftlich Kenntnis von der Erledigung des Nachsendungsantrages zu geben, da bei der Unmenge solcher Anträge es dem Briefträger nicht immer möglich ist, die Gültigkeitsdauer genau zu kontrollieren. Das Publikum kann sehr viel zur glatten Abwickelung des von Jahr zu Jahr immer mehr sich steigernden Nachsendungsdienstes selbst beitragen, wenn es die Hinweise befolgt.

b. **Schöffengericht** vom 3. Juni. Wer uneheliche Kinder in die Welt setzt, muß dafür sorgen. So lautet die Begründung des Urteils gegen den Arbeiter B., der es unterließ, für sein uneheliches Kind zum Unterhalt beizutragen. Der Angeklagte ist verheiratet, hat vier Kinder und verdient 25—27 Mk. pro Woche. Um der Pfändung zu entgehen, gab er die Arbeit auf. Er wird zu 10 Tagen Haft verurteilt. — Zu einer Messerstecherei führte das Anrempeln des Arbeiters Sch. und des Nieters D. auf dem Tanzboden. Die beiden waren angeheitert, in derselben Verfassung befanden sich zwei angestoßene schwedische Matrosen. An der Tonbank im Konzerthaus Fünfhausen ging die Reiberei los. Ohne Ursache schlug dann draußen D. den einen Matrosen nieder, und Sch. ließ sein Messer blitzen, das dem auf der Erde Liegenden mehrere Verletzungen beibrachte, so daß er ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Sch. wird zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine bisherige Straflosigkeit kommt ihm zugute. Der Nieter D. dagegen, der begangener Gewalttätigkeiten wegen vorbestraft ist und kürzlich erst von einer einjährigen Internierung wieder zurückkehrte, erhält wegen gemeinschaftlicher und gefährlicher Körperverletzung aufs neue 1 Jahr Gefängnis.

Handelsregister. Am 31. Mai 1913 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Linde u. Glamann in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen; 2. die Firma Wilhelm Glamann in Lübeck. Inhaber: Kaufmann A. C. W. Glamann in Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Fortführung der bisher unter der Firma der aufgelösten offenen Handelsgesellschaft Linde u. Glamann zu Lübeck betriebenen Geschäfte unter Übernahme der Aktiven und Passiven; 3. Die Firma Carl Linde in Lübeck. Inhaber: Kaufmann L. A. C. Linde in Lübeck.

Straßenbenennung. Durch Senatsbeschluß vom 28. Mai 1913 ist der auf dem Gelände bei Karlshof am Waldrande ausgebauten Straße einschließlich ihrer platzartigen Erweiterung an der Westseite der Name „Am Schellbruch" beigelegt.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein stellungsloser Schlossergeselle, der auf der Chaussee bei Siems ein Fahrrad gestohlen hat. — Festgenommen wurde ein Fürsorgezögling, der aus der Erziehungsanstalt in Lichtenberg bei Berlin entwichen ist.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 1. ds. Mts. gegen 11 Uhr abends ist vom Flur des Hauses Dankwartsgrube 20 ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, und nach oben gebogener Lenkstange abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Vordergabel und die Felgen des Vorderrades sind silber bronziert.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Mai ds. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, sowie lose Geldbeträge, mehrere goldene und silberne Armbänder, zwei Taschenuhren, mehrere Broschen, 1 Herrenuhrkette, 1 Siegelring, 1 Korallenkette, 2 Brillen, 1 Kneifer, 1 Damenjackett, 1 Damenbluse, 1 Kinder-Gummihöschen, 1 Paar Kinderstrümpfe, 1 Knabenpelerine, 1 Vorhemd, 2 Kragen, 1 Paar Manschetten, 2 Damengürtel, 1 Stickerei, mehrere Handtaschen mit Inhalt, 1 Damenschirm, mehrere Spazierstöcke, 1 Bruchband, 1 Taschenmesser, 1 Schulatlas, 1 Tasche mit Schreibutensilien, 1 Automobilhupe und 1 Paket mit Kolonialwaren.

Ferienwanderungen. Da die Pfingstferien in diesem Jahre sehr früh, also in einer relativ kalten Zeit, lagen, so ist die diesjährige Helgolandfahrt auf Sonntag, 15. Juni, festgesetzt. Die Kinder, die daran teilnehmen, fahren schon am Sonnabend nachmittag von Lübeck ab und kehren am Montag wieder zurück. Teilnehmerkarten sind nur noch bis Sonnabend, 7. Juni, in den Verkaufsstellen (siehe Inserat) zu haben.

Lübecker Sommertheater in den Stadthallen. Man schreibt uns: Dienstag wurde „Der Raub der Sabinerinnen" bei vollem Hause zum dritten Male mit stürmischen Heiterkeitserfolg gegeben. In der so beliebten Operette „Mamzelle Nitouche", welche Donnerstag wiederholt wird, werden die beiden ersten Solotänzerinnen Eulenberg und Limann einen reizvollen französischen Cancan, als Einlage im 2. Akt, tanzen. Freitag gelangt „Das kleine Schokoladenmädchen" mit Johanna Riccardo in der Titelrolle zur Aufführung. Sonnabend wird das beliebte Volksstück „Hasemanns Töchter" neueinstudiert mit Herrn Heydecker in der Titelrolle zum ersten Male seit langer Zeit hier wieder gegeben. Der Besuch des Sommertheaters ist ein so guter geworden, daß es eine Freude für Lübeck ist, namentlich da das Theater auch viel von Fremden besucht wird, die stets über das Gebotene des Lobes voll sind.

Schwartau. Achtung, Gewerkschaftskassierer! Die Beiträge zum Gewerkschaftskartell und Arbeitersekretariat werden bis zum 8. ds. Mts. abends von 8—9 Uhr in der Wohnung des Kassierers W. Brüggmann, Schulstr. Nr. 4, entgegengenommen. Das Kartell.

d. **Pansdorf.** Die Gemeinderatssitzung der Gemeinde Westratekau, die am 30. Mai abgehalten wurde, genehmigte einstimmig die Ausdehnung der Straßenbauordnung über sämtliche Ortschaften der ganzen Gemeinde. Eingesetzt wurde eine Kommission zur Aufnahme der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung. Abgelehnt wurde nach längerer Debatte ein Antrag des Sozialdemokratischen Vereins, nach dem fortan die Gemeindesteuer monatlich eingezogen werden sollte. Der Landesausschuß soll ersucht werden, dafür zu sorgen, daß die in einem sehr schlechten Zustande befindliche Chaussee von Pansdorf nach Kl. Timmendorf so bald als möglich fertiggestellt wird. An die Reigerung wird das Ersuchen gerichtet, den Weg durch den Wald von der Wohlde bis zur Wohldestraße freizugeben. Beschlossen wurde die Anschaffung einer Wegehobel. Die von der Regierung angeordnete Einrichtung einer 5. Schulklasse wurde, da der Schulrat die Sache bis Januar 1914 verschoben, ebenfalls bis dahin zurückgestellt. Ueber die Verlegung des Fußweges von Friedrichsberg-Pansdorf soll erst Besichtigung vorgenommen werden. Hiermit wurden M. Voß, C. Draeger und E. Schulz betraut. Als Wahlmann zur landwirtschaftlichen Unfallgenossenschaft wurde das Mitglied Brammer gewählt. Die Dorffeuerwehr Hemmelsdorf bekam 30 Meter Schlauch bewilligt. Für Bespannung der Ortsspritzen wurde derselbe Fuhrlohn wie bei Gemeindespritzen bewilligt. Für das Gemeinde-Armenhaus wurden die so sehr notwendigen Reparaturen sowie Anschaffung einer Pumpe und eines größeren Sparherdes bewilligt. Genehmigt wurde ein Gesuch um Steuererlaß.

h. **Eutin.** Stiefkinder der Eisenbahn. Wenn man gegenwärtig die Eisenbahn am Sonntag von hier zu benutzen genötigt ist, so kann man oft sonderbare Tatsachen konstatieren. Während derjenige, der sich die erste Güte leisten kann, in jeder Weise von den Beamten komplimentiert und gebeten wird, spüren die Gäste der vierten Klasse, deren Geld doch auch kein Blei ist, von solcher Zuvorkommenheit nichts. Fährt man z. B. am Sonntag morgen mit dem 9,05 Uhr eintreffenden Zug von hier, so kommt es häufig vor, daß die letzten 4—5 Wagen abgekoppelt werden, und sonderbarerweise sind es meistens Wagen 4. Klasse. Die Insassen werden dann mit denen, die aus Eutin hinzukommen, einfach in den übrigbleibenden ein bis zwei Wagen verteilt, richtiger gesagt eingepökelt. Daß dann das Fahrpersonal immer sehr höflich mit den Fahrgästen umgeht, kann man nun grade nicht behaupten. Es mag ja schwierig sein, es jedem Fahrgast recht zu machen und noch dazu unter solchen Umständen, aber immerhin ist es verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Bahnbehörde, soviel Wagen 4. Klasse einzustellen, als der augenblickliche enorme Verkehr erfordert. Oder glaubt die wohllöbl. Bahnbehörde, Fahrgäste 4. Klasse haben kein Recht, anständig befördert zu werden? Der Fahrgast 4. Klasse kann genau so gut für sein Geld anständige Beförderung verlangen, wie der in erster und zweiter Klasse.

w. **Mölln.** Bei der gestern stattgehabten Abgeordnetenwahl für den Preußischen Landtag wurden zwei Wahlmännerwahlen für ungültig erklärt. Ein Wahlmann wohnt nicht in dem Bezirk, in dem er gewählt ist, und der andere ist in zwei Abteilungen gewählt. Abgegeben wurden 167 Stimmen, davon für Wentorp (freis.) 120, für Damke (natlib.) 47 Stimmen. Die sozialdemokratischen Wahlmänner beteiligten sich nicht an der Wahl.

Apenrade. Preußische Kulturarbeit in Nordschleswig. Ein beliebtes Kampfmittel gegen die Dänen ist die Verdrängung ihrer Muttersprache aus Kirche und Schule. Dieses Mittel hat man am letzten Freitag in der Gemeinde Barsmark im Kreise Apenrade zur Anwendung gebracht. In der dortigen Schule bestehen noch wöchentlich zwei Unterrichtsstunden in der dänischen Sprache. Die Kinder können nach freiem Ermessen daran teilnehmen oder nicht, natürlicherweise lassen die dänischen Eltern ihre schulpflichtigen Kinder an diesem Unterricht in der Muttersprache teilnehmen. Damit wird es nun aber bald wieder vorbei sein, denn in einer Sitzung des Gemeinderats wurde die gänzliche Aufhebung des dänischen Unterrichts beschlossen. Diese Vergewaltigung des selbstverständlichen Rechts der dänischen Gemeindebewohner hat wahrscheinlich den Landrat und den Kreisschulinspektor als indirekte Urheber, denn beide waren in einer Sitzung anwesend, um durch Beeinflussung des weisen Rats die Exekution zu beschleunigen. Die dänischen Bewohner empfinden den Beschluß als einen unerhörten Gewaltstreich. Die Haltung des Kreisschulinspektors erscheint unbegreiflich. Er stößt einen Teil der Bewohner rigoros von sich und unterstützt die Willkürlichkeit der preußischen Zwangspolitik in einer Weise, die allgemeine Verurteilung findet.

Kuxhaven. Der Streik der Baggerer in Kuxhaven konnte nach viertägiger Dauer beendet werden. Die Hanseatische Baugesellschaft hat den Baggerern eine Zulage von 2,12 Mk. pro Woche gegeben. Ferner hat sie sich bereit erklärt, eine Verkürzung der Arbeitszeit von 16 auf 12 Stunden anzustreben. Gegenwärtig sei sie nicht in der Lage, die Arbeitszeit herabzusetzen, weil der Hamburger Staat dann andere Bedingungen akzeptieren müßte und weil alle anderen Firmen, wie Holzmann, Kölner Tiefbau usw. dieselben Arbeitszeiten hätten. Der Hinweis auf den Hamburger Staat sollte diesen eigentlich veranlassen, einmal darauf zu achten, daß er keine Arbeiten vergibt an Firmen, bei denen die Arbeitszeit 16 Stunden beträgt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen Baggereibetrieben sind derart ungünstig — überall herrschen 12- bis 16stündige Arbeitszeiten —, daß in der Regel ein Höchstlohn von nur 30 Pfg. pro Stunde herauskommt. Die großen Weltfirmen suchen ihre Arbeitskräfte darum auch aus ländlichen Bezirken zusammen; Ostfriesland und Holland liefern die meisten Arbeiter. Doch die Bewegung in Kuxhaven beweist, daß auch diesen Arbeitern die Geduld reißt. Sie haben sich in letzter Zeit dem Deutschen Transportarbeiterverband, Mitgliedschaft Binnenschiffer, angeschlossen und die Baggerbewegung in den Hamburger und holsteinischen Gewässern hat gute Fortschritte gemacht. Das Bestreben der Baggerer geht vor allem dahin, die 16stündige Arbeitszeit abzuschaffen und die sanitären Einrichtungen auf den Baggern zu verbessern.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf 4320

lebender Butt

am Donnerstag, dem 6. Juni 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Dankwartsbrücke,
Holstenbrücke,
Drehbrücke,
Entinerbrücke
und
Hüxtertorbrücke.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Gewerkschaftsfest-Komitee.

Donnerstag, den 5. Juni,
(4330) abends 8½ Uhr

Sitzung

im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Für die zahlreichen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich
H. Schmidt und Frau,
geb. **Kröger.**
Schützenstraße. (4342

Danksagung.

Allen denen, die unserem lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie dem Chorverein, sozialdemokratischen Verein und dem Verband der Holzarbeiter, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Familie Krellenberg.
Glandorpstraße 9. (4338

Gut möbliertes Zimmer
zu vermieten. (4321
Wakenitzmauer 11, I.

Möbl. Zimmer zu vermiet.
(4327) Wickedestraße 57, II.

Ein möbliertes Zimmer
zu vermieten. (4322
Wickedestraße 24, p., Hinterhaus.

Ein Logis für Mädchen zu vermieten, pro Woche 2 Mark. (4341
Elsterbrook 6.

Gesucht zu sofort ein **leeres Zimmer** für eine alleinstehende Frau. (4318
Südwest Ludwigstr. 50.

Gesucht zum 1. Okt. **3-Zimmer-Wohnung** v. d. Burgtor für drei erwachs. Personen. Preis bis 240 Mk. Ang. u. **B A** a. d. Exp. (4334

Sehr schöne **Kartoffeln** (Magnum bonum) billig zu verkaufen.
(4325) Beckerstraße 16, I.

Guterh. Sitz- u. Liegewagen
mit Mittelgestell und Gummireifen billig zu verk. St. Petersbrücke 12, I.

Ein heller Jackett-Anzug
für schlanke Figur, zu verkaufen.
(4315) Moislinger Allee 121, II.

Ein echt weißer **Damen-Pelz** (1912) und ein gutgehalt. **Trauerhut** zu verkaufen.
(4314) Großstraße 3.

2 Fahrräder
billig zu verkaufen.
(4315) Gleisingerstraße 26.

Klein. 1türig. Kleiderschrank
billig zu verkaufen.
(4316) Mühlenstraße 46, II.

Ein gutgehalt. 4jähriger **Schreckstang**, Größe 1,70, und ein **Babybett** zu verkaufen
(4323) Feldstraße 25, II.

Ein neuer Fliegenschrank
zu verkaufen. (4317
Stadtdeich, Abrahmsbäder Str. 13.

Ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden.
(4324) Abgeholt Oberstraße 57.

Klein-Verkauf von Kalk, Zement, Steinen, gelbem Sand, weißem Sand, Kiesgrande. 4312
J. Detlloff, Wakenitz 79.

Schneiderin
empfiehlt sich. (4326
Frau M. Hermann, Sebastianstr. 19

(4310

Neuer Sommerfang-, Neuer Matjes-Hering,
dickrückig, fein im Geschmack.
Neue Kartoffeln
empfiehlt (4311
Wilh. Badstein,
Schwönckenquerstr. 11.

Moderne Wohnungseinrichtungen
kaufen Sie
spottbillig im neuen Möbellager
3851) **Kronsforder Allee 100.**

Glasscheiben
aller Art billigst, auch im einzelnen: Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4 ₰ an. Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl. Hüxtertor-Allee 13. — F. 868. (405

Ferienwanderungen.
Ausflug nach Hamburg-Helgoland am 15. und 16. Juni. Karten sind nur noch bis Sonnabend, d. 7. Juni zu haben bei **E. Krüger,** Schulstr. 12a, **W. Rein,** Mühlenstr. 50, **K. Sahlmann,** Geverdesstr. 53, **O. Wessel,** Moislinger Allee 4a. (4337

Ziehung 11. u. 12. Juni 1913
Rote Lotterie
5657 Gewinne W. M.
700000
Hauptgewinne:
30000
10000
Lose à 3 M., Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt gegen Nachnahme
Carl Heintze,
Hamburg, Alsterton.
4310

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 50 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Dr. Schlomer
verreist (4309

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinrichtl. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Frauen-Verein
Stockelsdorf u. Umgegend.
Sommerfest
am Sonntag, dem 8. Juni
im Lokale des Herrn **Paetau,**
Fackenburg.
Preiskegeln für Herren v. 11 Uhr an. Frauen- u. Kinderspiele um 3 Uhr. Nicht anwesende Kinder werden nicht berücksichtigt.
Eintrittskarte 50 Pfg.
Damenkarte 20 Pfg.
Ballanfang 7 Uhr. Ende morgens.
4335) **Das Komitee.**

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
2) Ende 12 Uhr.

Friedrich-Franz-Halle.
Heute Mittwoch, dem 4. Juni 1913:
Sommernachts-Ball
für die Bedienung.
Anfang 8 Uhr. Ende morgens.
Hierzu laden freundlichst ein. (4340
Die Bedienung und der Wirt **L. Stamer.**

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Visiten-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schulschreibhefte
mit den neuen Linaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Hausdiener und Fensterputzer

Sektions-Versammlung
am Donnerstag, dem 5. Juni
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
4329) **Der Vorstand.**
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht D. O.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, d. 5. Juni
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
4331) **Der Vorstand.**

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 5. Juni.
Tagesordnung:
Interne Verbandsangelegenheiten.
Es ist notwendig, daß alle Kollegen erscheinen.
4332) **Der Vorstand.**

Zentralverband der
Zimmerer!
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 5. Juni
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Die Sperre auf dem Staatsplatz.
2. Innere Verbandsangelegenheit.
3. Kartellbericht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
4328) **Der Vorstand.**
NB. Die Protokolle von der zwanzigsten Generalversammlung können in Empfang genommen werden.

Achtung Maurer!
Außerordentliche
General-Versammlung
der
Krankenkasse der Maurer zu Lübeck
(Hilfskasse Nr. 7)
am Freitag, dem 6. Juni
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über Auflösung der Kasse.
2. Verschiedenes.
4336) **Der Vorstand.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Donnerstag, den 5. Juni:
Mamzelle Nitouche.
Operette v. Hervé mit Balletteinlage der beiden 1. Solotänzerinnen Eulenberg u. Li-Mann.
Freitag, den 6. Juni:
Das kleine Schokoladenmädchen.
Sonnabend, den 7. Juni:
Hasemanns Töchter.
Sonntag: Die Generalsecke.
4339) Anfang stets 8¼ Uhr

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 128. Mittwoch, den 4. Juni 1913. 20. Jahrg.

Militarisierung des russischen Staatsbudgets.

Sang- und klanglos ist vor einigen Tagen die Generaldebatte über das russische Staatsbudget von 1913 geschlossen worden, nachdem der Ministerpräsident Kokowzew in langatmigen Reden schönfärberische Darstellungen über den Stand der Staatsfinanzen und der Volkswirtschaft geliefert hatte. Teilnahmslos verfolgte die öffentliche Meinung die gewohnten Finanzkunststücke des Ministerpräsidenten und seiner Handlanger aus den Reihen der Regierungsparteien, und nur wenig Interesse brachte sie der Kritik entgegen, die diese Darstellungen bei der Opposition fanden. Diese Teilnahmslosigkeit erklärte sehr gut der sozialdemokratische Etatredner, Genosse Skobelew, indem er bemerkte, in diesem Saale säuberten die Schatten von Abgeordneten mit dem Schatten einer Bürste den Schatten eines Staatsbudgets. In der Tat kann in der parlamentarischen Dunkelkammer in Rußland, deren Wahlgesetz an Schändlichkeit nur von dem preußischen Dreiklassenwahlsystem übertroffen wird, nur in sehr bedingter Weise von einer Prüfung des Etats überhaupt gesprochen werden. Ganz abgesehen davon, daß die große Mehrheit der Duma, die Vertreterin des privilegierten Großgrundbesitzes und des Kapitals, in zuvorkommendster Weise alles schluckt, was die herrschende Bureaukratie von ihm verlangt, entzieht das Budgetgesetz den größten Teil des Etats der Kompetenz der parlamentarischen Körperschaften. Ein Teil der Kredite, und zwar die Kredite für den Unterhalt des Kaiserlichen Hofes, für die Deckung der Anleihezinsen und für den jährlich neu zu bewilligenden Korruptionsfonds von 10 Millionen — in Summa in diesem Jahre 430 Millionen Rubel — sind als sogenannte „gepanzerte" Kredite der Prüfung der Duma überhaupt entzogen. Ein anderer noch größerer Teil des Staatsbudgets, der auf Grund bestehender Gesetze, Verordnungen usw. verausgabt wird, und der zum Unterhalt aller bureaukratischen Einrichtungen dient, — in Summa 620 Millionen Rubel — unterliegt zwar der Erörterung in der Duma, darf aber nur im Einverständnis mit dem Reichsrat und der Regierung gemindert werden. Insgesamt sind also über 1 Milliarde Rubel der freien Bestimmung der Volksvertretung entzogen, während von den übrigen 2 Milliarden des Etats mehr als 800 Mill. auf die Operationskosten des Staatshaushalts entfallen, und der Rest mit den gepanzerten Krediten mehr oder weniger im Zusammenhang steht. Es ist klar, daß die Duma unter solchen Umständen auf dem Gebiete ihrer wichtigsten Tätigkeit eine äußerst klägliche Rolle spielen muß. Die Bestimmung über das Dreimilliardenbudget gehört nicht ihr, sondern der herrschenden Bureaukratie, die, die Knute in der einen, und den Revolver in der andern Hand, aus dem Blut und Schweiß des werktätigen Volkes die Berge Gold erpreßt, deren sie für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft bedarf.

Ein Blick auf die Zusammensetzung des diesjährigen russischen Etats zeigt, daß diese Kennzeichnung des russischen Staatshaushaltes hinter der Wirklichkeit noch zurück steht. 33 Proz. seiner Reineinnahme wird dem arbeitenden Volke in Form von Steuern erpreßt, und zwar zum größten Teile in Form von indirekten Steuern auf die wichtigsten Gebrauchsartikel, die, mit automatischer Regelmäßigkeit zunehmend, die Millionen des Volkseinkommens der Bureaukratie zuführen. Wie in einer Abhandlung von Kuhn in dem amtlichen „Finanzboten" kürzlich nachgewiesen worden ist, entfallen 76,8 Proz. oder fast vier Fünftel der Steuerlast auf die indirekten Steuern, und zwar ist es zu einem beträchtlichen Teile die Steuer auf die Trunksucht, das staatliche Branntweinmonopol, das mit seiner Reineinnahme von 800 Millionen und seinem Profit von 360 Proz. dem Finanzhaushalt des Zarismus als stärkster Rückhalt dient. Entsprechend dieser Gestaltung des Einnahmebudgets weist auch das Ausgabebudget die charakteristischen Merkmale eines halbfeudalen Räuberstaates auf. 1700 Millionen werden für die Beamten, für die Polizisten, für die Gefängnisse, für die Armee, Marine usw. verausgabt. Weniger als 400 Millionen entfallen auf die sogenannten kulturell-produktiven Ausgaben (Volksbildung, Landeinteilung, Industrie usw.), von denen ein Teil auch nur in sehr bedingter Form als kulturfördernd bezeichnet werden kann. Der Rest von über 900 Millionen entfällt auf die wirtschaftlichen Operationen des Fiskus (Eisenbahnwesen, Post, Telegraphen usw.). Es entfallen also mehr als vier Fünftel der Nettoausgaben des Staates auf die Herrschaftskosten der Monarchie und Bureaukratie, und weniger als ein Fünftel auf die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung. Und unter den erstgenannten ist es vor allem der Militarismus, der dem russischen Staatsetat sein charakteristisches Gepräge verleiht.

Wie der Berichterstatter der Budgetkommission, Professor Alexejenko, in seinen Darlegungen ausführte, bildet die gewaltige Steigerung der Ausgaben für Armee und Marine das charakteristische Merkmal der Militarisierung des russischen Etats. In den letzten 5 Jahren sind diese Ausgaben von 598 auf 864 Millionen, d. h. um 46 Proz. gestiegen. Besonders stark ist die Steigerung für dieses Jahr, da Militär und Marine allein einen Mehraufwand von 144 Millionen erfordern. Darauf beschränken sich aber keineswegs die Opfer, die die fortwährenden Rüstungen dem Volke auferlegen. Wie Genosse Skobelew in seiner vortrefflichen Rede ausführte, muß zu diesen Ausgaben mindestens noch die Hälfte der Anleihezinsen in Höhe von zirka 200 Millionen hinzugerechnet werden, die für die meist den Bedürfnissen des Militarismus entsprungene Staatsschuld an die ausländischen Bankiers gezahlt werden müssen. Ferner kommen hierzu noch zirka 100 Millionen für strategische Bahnen, für geheime Aufwendungen usw.; insgesamt verschlingt der russische Militarismus nach diesen Berechnungen 1170 Millionen oder fast die Hälfte des nach Abzug der Operationskosten erlangten Ausgabenbudgets von 2422 Millionen. „Unser Staatsbudget — erklärte Genosse Skobelew — ist seiner ganzen Natur nach ein Kriegsbudget, und dies entspricht vollkommen dem Charakter unserer Staatsgewalt, als einer Organisation für die Vergewaltigung des eigenen Volkes. Deshalb müssen die Ausgaben für die Armee und Flotte nicht als Aufwendungen für die Staatsverteidigung, sondern als Aufwendungen für die Selbstverteidigung der Regierung bezeichnet werden."

Dieser Charakter des russischen Staatsbudgets bringt es mit sich, daß der russische Etat unter dem Einfluß des allgemeinen Wettrüstens schon jetzt Merkmale eines bedrohlichen Niederganges zeigt. Auch die Aussaugungspolitik des „Finanzkünstlers" Kokowzew findet ihre Grenzen in der Ausschöpfungsmöglichkeit des Volksgutes. Gestatteten die guten Ernten der letzten Jahre dem russischen Finanzminister ein solches Anziehen der Steuerschraube, daß nicht nur die Bedürfnisse der Bureaukratie und die Ansprüche der ausländischen Gläubiger befriedigt, sondern auch ein „freier Barbestand" von etlichen 100 Millionen angelegt wurde, so zeigt der diesjährige Etat, daß ein beträchtliches Defizit nur mittels einer weiteren Anziehung der Steuerschraube und der Ausplünderung des berühmten „Barbestandes" vermieden werden konnte. Selbst in der prahlerischen Denkschrift des Finanzministers findet sich diesmal kein Wort über die Löschung von Staatsschulden; die Ausfuhr sinkt, die Einfuhr steigt, die Handelsbilanz hat sich um mehr als 100 Millionen verschlechtert, und die Bilanz des Außenhandels für die ersten Monate dieses Jahres zeigt, was seit 1908 nicht da gewesen, eine passive Tendenz. Im Innern treten die Vorboten einer gewaltigen Wirtschaftskrise immer bedrohlicher hervor; in einzelnen Industriezweigen, die für den Massenkonsum berechnet sind, (Textil-Industrie) dehnt sich die Geschäftsstockung immer mehr aus, die Armee der Arbeitslosen wächst, Hunger und Mißernten breiten sich über immer größere Gebiete aus. Zu gleicher Zeit jedoch rast der militaristische Rüstungswahn immer weiter. Das „kleine Flottenprogramm" vom vorigen Jahre, die enorme Steigerung der diesjährigen Heeresausgaben, der Bau immer neuer strategischer Bahnen, — dies alles sind nur Etappen auf dem Wege, die der russische Militarismus, an innere Hemmnisse nicht gebunden, in wahnsinniger Hast zurücklegt. Schon jetzt werden von den maßgebenden Stellen neue, gewaltige Heeresrüstungen als Antwort auf die deutsche Rüstungsvorlage angekündigt, Hunderte von Millionen sollen vom nächsten Jahre ab in den Heeresetat eingesetzt, Zehntausende von Soldaten dem Heereskontingent zugefügt werden. Eine Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, eine Zuspitzung der gesamten inneren Lage muß umsomehr die Antwort darauf sein, als fortwährende Spannungen und Konflikte in der äußeren Politik die notwendige Begleiterscheinung des mit verstärkter Macht einsetzenden Wettrüstens der europäischen Großmächte sein werden.

Aus der Partei.

Aus den Partei-Organisationen. Der dritte weimarische Reichstagswahlkreis hielt am Sonnabend und Sonntag seine Kreisgeneralversammlung in Jena ab. Aus dem Bericht des Sekretärs ist zu entnehmen, daß in diesem rein ländlichen Kreise die Mitgliederzahl von 3694 auf 3755 gestiegen ist. Jena weist allein 2500 Mitglieder auf. Der Kreis erstreckt sich auf 12 Städte und 324 Dörfer. In 26 Orten bestehen Ortsvereine. Die Mitglieder verteilen sich auf 66 Orte. Trotzdem bei der Reichstagswahl 1912 in fast allen Orten sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, hält es schwer, die ländliche Bevölkerung zu organisieren. Die Zerrissenheit der Thüringer Kleinstaaten, die sich auch in diesem Kreise unliebsam bemerkbar macht, trägt mit dazu bei, die Organisierung der Wähler zu erschweren. Auch die Agitation leidet darunter. — In sechs Städten hat die Partei 29 und in drei Landgemeinden vier Vertreter. Bildungsausschüsse bestehen in sechs und Jugendausschüsse in sieben Orten. Die in der neuen Druckerei in Jena seit dem 1. Januar erscheinende „Weimarische Volkszeitung" fand allgemeine Anerkennung.

Eine gepfefferte Interpellation. Unser österreichisches Parteiblatt, die „Gleichheit" in Wiener-Neustadt, ist wegen einiger harmloser Sätze konfisziert worden, die in dem bürgerlichen „Volkswirt" in Wien und in einer Anzahl Parteiblätter ungestört erschienen sind. Nun hat im österreichischen

Steuermann Worringer.

Novelle von Louise Schulze-Brück.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Se is vun sich," sagte jemand mitleidig.

Steuermann Worringer war zusammengezuckt. Er hatte noch keinen Laut von sich gegeben. Und er sprach auch nicht, als er hinter den Tragbahren hinging, auf denen die drei nach dem nahen Hospital geschafft wurden. Sie hatten ihm die Hände schütteln wollen, ihn belobt wegen seiner tapferen Tat. Er hatte die Hände in die Taschen seines triefenden Rockes vergraben und finster mit dem Kopf geschüttelt.

Jemand sagte, daß er trockene Kleider anziehen müsse, er würde sich sonst was holen. — Er lachte rauh. Jetzt daran denken — jetzt!

Er ging neben der Trage her, auf der das Kind lag. War er denn verrückt? — War er im Rausch? Im Traum? Was war das alles? — Wie kam seine Frau mit dem Kind aufs Wasser, in das Boot mit Georg Hessemer? — Das sollte nicht sein, das hatte er nicht gewollt, nicht wissen können. Nur seine Rache hatte er haben wollen an dem Mann, seine Vergeltung.

Wie hieß es in der Bibel: „Die Rache ist mein, ich will vergelten." Strafte ihn der Herrgott, weil er sich wilden Sinnes selbst seine Rache nehmen wollte? Das Kind rührte sich noch nicht! Wenn es tot war, wenn er sein Mörder war! „Mörder, Mörder!" Etwas in ihm schrie das ganz laut! Oder hatte es ein anderer geschrien? Wußten sie's schon? Sie hatten ihn gepriesen wegen der Rettung! Wenn sie wüßten, was er getan hatte, feig, hinterlistig, heimtückisch, um den andern aus der Welt zu schaffen, ohne daß auf ihn ein Verdacht fiel, so, daß sein Name, seine Ehre rein blieb. Im letzten Augenblick erst, als es zu spät war, war es ihm klar geworden, wie durch einen Blitzstrahl war die Erkenntnis seiner wilden Tat gekommen.

Wie sie ihn alle verabscheuen würden — alle, alle. Seine Frau voran! Ihr erster, halb bewußtloser Blick war schon von Furcht erfüllt gewesen, ihr erstes Wort von Angst getränkt. Und wie würde es nun erst werden?

Wie war sie nur auf den Rhein, in das Boot gekommen? Seine Schwiegermutter wußte es vielleicht, dort hatte sie ja das Kind geholt.

Ein schreiendes Weinen weckte ihn aus seinem Brüten. Dem traurigen Zug entgegen kam Gretas Mutter die Gasse hinunter mit stolpernden Schritten, die Hände gerungen: „Met Kind, mei Greta, mei lieb Bubche!" Sie fiel an der Trage nieder, deren Träger einen Augenblick innehielten.

„Greta! Greta! Bischte ins Wasser gange, weil ich dich fortgetrimme hamme? Greta, mach dei Auge uff! — Komm bei mich, un wann mer alle drei verhungern misse! Ich stump dich net meh fort, ich nemme dich uff, ich dhu der alles, was de willst"

Ein paar mitleidige Seelen hoben sie auf, trösteten sie: „Es is jo net dot! Es war jo schon bei sich! Un's Kind, so Gott will aach! Do der Worringer hot se jo erausgeholt! Alle drei!" Die Frau sah ihn mit den verschwollenen Augen scheu an: „Der! Des is sei verfluchte Schuldigkeit! A hätt liewer solle sorge, daß es net ins Wasser hätt gehe wolle."

„Awwer was redd ihr dann fier narrig Zeig! Es is jo gar net ins Wasser gange! — Es hot ja mit 'm Nache eniwer fahre wolle nach Rüdesem! Dä Georg hot's jo eniwwer gefahre! Un do hot sich der Nache leck geschlage!"

„Net ins Wasser gangen!" Die Frau sah erstaunt um sich.

„Dann hot's bei sei Schwester nach Schierstein wolle, weil ich's fortgetriwwe hawwe! — Ich bin schuld, ich un dä do!"

Verwunderte, scheue Blicke trafen den Mann und die Frau. Dann ging's weiter, die Tür des Hospitals stand schon offen, die Verunglückten wurden hineingebracht. Als Worringer ihnen nachgehen wollte, wehrte man's ihm. Nein, mit herein könne er nicht. Er müsse im Wartezimmer bleiben. Aber erst trockene Kleider anziehen. Jemand kam schon mit frischgewaschenen Anstaltskleidern, trotz seines Sträubens wurde er frottiert, gerieben, umgekleidet, mußte Wein trinken. Und dann kam das Warten. O, diese Stunden, diese unendliche, unermeßbare Zeit, die jetzt hinschlich. Gretas Mutter saß in der anderen Ecke, so weit als möglich von ihm entfernt jammernd weinend, ihn und sich anklagend. Er fand nicht einmal die Kraft, sie schweigen zu heißen. Er dachte immer nur das gleiche, das eine, Schreckliche, gar nicht Auszudenkende. Und sah immer wieder das gleiche Bild, das sich seinen Sinnen förmlich eingebrannt hatte, den sinkenden Kahn mit den dreien darin — auf dem weiten Wasser. —

Eine barmherzige Schwester öffnete die Tür des Zimmers. Die Frau stürzte ihr entgegen, sich schreiend an sie klammernd. Steuermann Worringer stand bebend auf. Sie lächelte.

„Der Kleine ist bei Besinnung," sagte sie froh.

„Und mei Fraa! Mei Fraa?"

Er stammelte es, keuchte es.

„Ihre Fraa is schon ganz bei sich gewesen! Aber jetzt ist sie wieder ohnmächtig. Die Todesangst vorher, der Schreck, das alles hat sie sehr angegriffen. Aber das ist weiter nicht bedenklich."

„Und der — der Georg Hessemer?"

Mit trockener Kehle sagte er's.

Die Nonne zuckte die Achseln: „Die beiden Ärzte sind bei ihm. Aber verzweifeln Sie nicht. Es wird alles gut werden. Gott wird helfen. Beten Sie zu ihm. Gott wird Ihre wackere Tat nicht unbelohnt lassen.

Steuermann Worringer sank auf den Stuhl zurück. Seine wackere Tat. Und Gott solle sein Gebet hören! Er hatte freilich den Herrgott nicht zu oft belästigt mit Gebet. Sonntags in der Kirche, und wenn er in großer Not gewesen war. —

Seine Schwiegermutter war in der Zimmerecke niedergekniet, wo vor dem Muttergottesbilde ein Lämpchen brannte, und betete halblaut: „Unter deinen Schutz und Schirm — fliehen wir, o heilige Mutter Maria, verschmähe nicht unser Gebet in unseren Nöten, sondern erlöse uns jederzeit aus aller Gefahr —"

Er hätte gern mitgebetet, er faltete die Hände. — Aber wie durfte er beten, er, der das auf dem Gewissen hatte.

Sein Bub war gerettet, ja! Aber das war keine Erleichterung der Bergeslast auf seiner Seele. Wenn der Bub groß wurde und Verstand bekam und wüßte, was sein Vater getan hatte, würde er dann ihn nicht hassen und verachten ... Und seine Frau! —

Die Nonne öffnete wieder die Tür.

„Wenn Sie jetzt kommen wollten, liebe Frau."

„Und ich," stammelte der Mann, „ich?"

Die Nonne lächelte ein wenig verlegen.

„Wenn Sie noch etwas warten wollten! Ihre Frau ist so sehr erregt! Sie — sie wünscht nur ihre Mutter. Nachher — sicherlich —"

Der Mann setzte sich stumm auf seinen Stuhl. Sie wollte ihn nicht sehen. Die Strafe fing schon an! Alle wendeten sich von ihm. Jetzt schon, da noch niemand sein Verbrechen kannte. Aber wenn der Hessemer wieder zu sich kam, wenn er argwöhnisch wurde, wenn er überlegte, wie das nur kommen konnte, wenn der Verdacht auf ihn fiel —

Er wischte sich den kalten Schweiß ab. — Nein, er konnte nichts gemerkt haben. — Als das Wasser einzudringen begann, da hatte er sicherlich keine Zeit gehabt, zu untersuchen, wie das nur geschehen konnte. — Da hatte er nur verzweifelt versucht, das Leck zu stopfen. Nein, keiner wußte etwas, er brauchte nichts zu fürchten.

Nichts als das eigene Gewissen, das jetzt schon so laut schrie und nie schweigen würde. Nichts als das Schuldbewußtsein, ein Mörder zu sein. — Nein, kein Mörder, kein Mörder! Der Georg Hessemer mußte leben, mußte, mußte!

Ein kräftiger Schritt kam über den Gang, die Tür ging auf. — Da stand der Doktor — ganz blaß, ganz erschöpft, aber zufriedend nickend.

„Na, Worringer, ein schweres Stück war's, aber wir haben's geschafft."

„Der — Hessemer?" stammelte der Mann.

(Fortsetzung folgt.)

Parlament unser Genosse Pernerstorffer eine Interpellation eingebracht, in der der Justizminister wörtlich gefragt wird: „Schämen Sie sich nicht, daß sich unter Ihrer Verantwortung ein Beamter straflos so frech an den Rechten der Staatsbürger vergreifen darf?“

Preßprozeß. Wegen Beleidigung von Polizeibeamten wurde Genosse Neumann von der Essener „Arbeiter-Zeitung“ am Freitag zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Unser Essener Parteiblatt hatte im März d. J. die Heldentat eines Streikbrechers und das Verhalten der Polizei bei diesem Akt kritisiert. Hierbei soll die Polizei beleidigt worden sein.

Strafkonto der Parteipresse. Die „Schwäbische Volkszeitung“ in Augsburg hatte dem christlichen Gewerkschaftssekretär Peter Geier wegen dessen Begeiferung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften die gebührende Würdigung zuteil werden lassen. Geier lief zum Kadi und das Schöffengericht Augsburg verurteilte den verantwortlichen Redakteur der Volkszeitung, Genossen Simon, wegen formaler Beleidigung zu zehn Mark Strafe. Geier legte gegen das Urteil wegen der geringen Höhe der Strafe Berufung ein. Das Landgericht erhöhte die Strafe auf 40 Mark.

Genosse **Heinrich Dickreiter**, der seit 1905 die Redaktion der „Altenburger Volkszeitung“ geleitet hat, scheidet am 1. Juli aus dieser Stellung, um die Leitung der Redaktion des „Fränkischen Volksfreund“ in Würzburg zu übernehmen. Dadurch macht sich im zweiten Landtagswahlkreise von Sachsen-Altenburg eine Neuwahl nötig. Außerdem war Genosse Dickreiter Stadtverordneter. In beiden Körperschaften entwickelte er eine außerordentlich tüchtige Arbeitskraft. Er war dort der Führer unserer Fraktionen.

Nachklänge von der Ermordung Schuhmeiers. Kunschacks Bruder, der christlich-soziale österreichische Landtagsabgeordnete und „Arbeiterführer“ Leopold Kunschack, hat sofort nach der Ermordung Schuhmeiers durch seinen nun zum Tode verurteilten Bruder einen höchst zerknirschten, geradezu rührenden Brief an die Familie des Ermordeten geschickt. Jetzt aber, nach dem Urteil der Geschworenen, wirft Kunschacks „Christlich-soziale Arbeiterzeitung“ die Frage auf, ob Schuhmeier nicht selbst an seinem gewaltsamen Tode schuld gewesen sei, weil er einst der Lehrer seines Mörders im Arbeiterbildungsverein „Apollo“ gewesen ist und weil doch . . . in der Schwurgerichtsverhandlung wenigstens hätte nachgeforscht werden sollen, „ob denn nicht dieselbe Sozialdemokratie (deren Opfer Schuhmeier und Kunschack geworden sein sollen!!) es ist, die den Mord ihren Anhängern gelehrt und empfohlen habe“. — Ein netres Brüderchen — nicht? Gleichermaßen christlich und sozial! Dabei mußte Kunschack vor Gericht selbst die wüsten Zustände in seinem Elternhaus bekunden, die den zum Meuchelmörder gewordenen Sohn beeinflußt hätten!

Gewerkschaftsbewegung.

Große Metallarbeiteraussperrung. Bei der Weinmann & Robert Bosch in Stuttgart und Feuerbach bei Stuttgart sind 3000 Metallarbeiter ausgesperrt worden. Seit Wochen hat die Firma die Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes entlassen. Am 31. Mai legten daraufhin 250 Werkzeugmacher die Arbeit nieder und da sich die anderen weigerten, die Streikarbeit zu machen, erfolgte die Aussperrung am 2. Juni. Bosch galt jahrelang für einen der Philanthropen, die durch Wohlfahrtseinrichtungen usw. den Arbeitern entgegen zu kommen versuchen. Daß es mit dem Entgegenkommen gegen die Arbeiter nicht weit her ist, zeigt das Verhalten gegen die organisierten Arbeiter. Selbstverständlich ist vom Metallarbeiterverband die Firma gesperrt. Niemand darf dort Arbeit nehmen.

Der Streik in der Nürnberger Bürsten- und Pinselindustrie wird mit ungeschwächter Kraft weitergeführt. Dieser Kampf ist der umfangreichste, den der Holzarbeiterverband gegenwärtig zu führen hat. Er stellt auch insoweit eine Besonderheit dar, als es zum größten Teil Arbeiterinnen sind, die ihn führen. Die Unternehmer haben, um billiger produzieren zu können, mit Vorliebe weibliche Arbeitskräfte eingestellt. Es ist ihnen auch gelungen, die Löhne auf einem recht niedrigen Niveau zu halten. Ihre Hoffnung, daß es immer so bleiben werde, hat sich aber nicht erfüllt. Dank einer unermüdlichen Agitation ist es gelungen, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Nürnberger Bürsten- und Pinselindustrie ihrer zuständigen Organisation, dem deutschen Holzarbeiterverbande zuzuführen, und jetzt sind sie dabei, mit Hilfe des Verbandes einen energischen Schritt nach vorwärts zu machen und ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen denen anzupassen, die in anderen Berufen der Holzindustrie üblich sind. Die Unternehmer bewilligten in den Verhandlungen alles, was ihnen nichts kostet und seither schon in Kraft war, alles übrige und besonders materielle Zugeständnisse lehnten sie entschieden ab. Als dann auch noch die Absicht zutage trat, die Verhandlungen zu verschleppen, schritten am Tage vor Pfingsten über 1600 Arbeiterinnen und 700 Arbeiter zur Kündigung und traten nach Ablauf der Frist ebenso einmütig die Arbeit ein. Inzwischen haben sich noch über 100 Heimarbeiterinnen dem Streik angeschlossen. Auf eine solch umfassende Arbeitseinstellung waren die Fabrikanten nicht vorbereitet. Es haben alsdann zwar weitere Verhandlungen stattgefunden, aber die Situation hat sich dadurch nicht wesentlich geändert. Die Streikenden halten fest zusammen und sehen der weiteren Entwicklung der Dinge freien Mutes entgegen.

Aus der Holzindustrie. Der erfolgreiche Abschluß der großen Tarifbewegung im Frühjahr d. J. hat im Lager des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe Mißbehagen ausgelöst. In einigen Orten, wie Höchst und Bromberg, geht überhaupt die Einigung noch aus, da die Unternehmer dieser Orte sich hartnäckig weigern, auf der Grundlage des Schiedsspruches des Freiherrn v. Berlepsch einen neuen Vertrag abzuschließen. Der Arbeitgeberschutzverband selbst besitzt nicht die erforderliche Kraft, um dem Schiedsspruch bei seinen Mitgliedern Geltung zu verschaffen. Auch das persönliche Eingreifen der beiderseitigen Zentralvorstände hat auf die widerhaarigen Unternehmer keinen Eindruck gemacht. In Bromberg ist es sogar so weit gekommen, daß die Verhandlungen aus dem Grunde abgebrochen werden mußten, weil die Mehrzahl der Unternehmervertreter sich allzu sehr dem Alkohol widmete. In der Frage der Arbeitsordnung ist bei den vorläufigen Tarifverhandlungen eine Verständigung zwischen allen Beteiligten erzielt worden, was im Schiedsspruch selbst wie folgt zum Ausdruck gebracht worden ist:

„Beide Parteien sollen gehalten sein, in den Städten, wo die Arbeitsordnung einer den beiderseitigen Interessen dienenden Regelung bedarf, diese Regelung durch Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise vorzunehmen. Zu diesem Zweck soll das im Jahre 1907 vereinbarte Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise bis zur nächsten Tagung der Zentralverbände einer Revision unterzogen und alsdann für die neu zu errichtenden Arbeitsnachweise in Anwendung gebracht werden.“

Die Zentralverbände haben die ihnen zugewiesene Aufgabe inzwischen gelöst. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist in der Lage, den Wortlaut des vereinbarten Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise zu veröffentlichen, wie er zwischen den Vorständen des deutschen Holzarbeiterverbandes und des christlichen sowie Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins auf der einen Seite und mit dem Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes auf der anderen Seite abgeschlossen ist. Mit der Unterzeichnung dieses Musterregulativs haben sich auch die bisherigen Gegner nunmehr auf den Boden des paritätischen Arbeitsnachweises gestellt.

Boykott und § 153 der Gewerbe-Ordnung. Das Schöffengericht Meißen verurteilte am 28. Mai ds. Js. den Bezirksleiter Brödner vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, den Vertrauensmann Auerbach vom gleichen Verband und den Drucker Haubold zu Gefängnisstrafen von drei, vier und einer Woche wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Der Prozeß ist die Folge eines Lohnkampfes gegen die Mühlenfirma A. Beyer in Meißen, welche auf Betreiben des Unternehmerverbandes jede Unterhandlung über die eingereichten Forderungen ablehnte, worauf das Meißener Gewerkschaftskartell den Boykott über die Produkte der Firma verhängte. Um die Abnehmer der Firma hiervon in Kenntnis zu setzen, hatte Brödner zwei Flugblätter verfaßt und Auerbach zwei Briefe an die Kunden der Firma geschrieben, durch welche ein Druck auf die Abnehmer der Beyerschen Mehls ausgeübt worden sein soll. Auerbach soll sich auch gesprächsweise im Sinne seiner Briefe geäußert haben. Haubold kam als Drucker der Flugblätter auf die Anklagebank. Die Angeklagten stellten entschieden in Abrede, daß sie einen Druck auf die Abnehmer auszuüben beabsichtigt hätten, sie wollten sie nur von der Sachlage unterrichten. Das Gericht hielt jedoch alle Angeklagten für schuldig und erkannte auf die obengenannten Strafen. Gegen das Urteil soll Berufung eingelegt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Eid eines Schutzmanns. Das Schwurgericht zu Essen verurteilte dieser Tage nach elfstündiger Verhandlung den Königlichen Schutzmann Preuß aus Schonnebeck, Polizeidirektionsbezirk Essen, wegen wissentlichen Meineids und wegen verleumderischer Beleidigung eines katholischen Pfarrers zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. — Schutzmann Preuß hatte dem ihm befreundeten Kesselschmied Konrad, mit dem Preuß in einem Hause wohnte, erzählt, er habe, als er mit einem Kollegen in der Nähe der katholischen Kirche Posten gestanden, nachts gegen ½12 Uhr mit einer Dirne gesprochen, die gefragt habe, wo der katholische Pastor wohne. Er habe es gesagt und gefragt, was sie da wolle. Da habe die Dirne erwidert, sie sei bestellt; worauf er (Preuß) dann verständnisinnig gesagt habe, er wisse Bescheid. Zu seinem Kollegen habe er darauf gesagt: Da kannst Du sehen, was Ihr für Kadetten habt. — Einige Zeit später zeigte Preuß den Konrad wegen einer Lappalie an, worauf dieser ein Strafmandat erhielt. Konrad teilte dann dem Pfarrer brieflich mit, was Preuß über ihn gesagt hatte. Der Pfarrer unterbreitete den Brief der Polizei und Preuß strengte gegen Konrad Klage wegen Beleidigung an. Am 10. September v. J. hatte sich Konrad vor der Strafkammer in Essen zu verantworten. Preuß bestritt unter seinem Eide, die Geschichte an Konrad erzählt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Monate Gefängnis. Die Strafkammer kam jedoch zu einer Freisprechung, und zwar auf Grund der Aussagen zweier anderer Zeugen und auch der dem Gericht glaubwürdig erschienenen Angaben des Konrad. Ein Zeuge, ein alter Mann, Vorstandsmitglied der katholischen Kirchengemeinde und Kirchenkassenrendant, sagte aus, auch ihm habe Preuß die Sache erzählt. Der Sohn dieses Alten war auch zugegen gewesen, als Preuß die Sache dem Konrad erzählt hat. Am Schlusse der Strafkammerverhandlung hat dann der Vorsitzende, wie in der jetzigen Schwurgerichtsverhandlung nebenbei durch das Zeugnis eines Richters, der damals mitgewirkt hatte, wie auch durch das Zeugnis des Pfarrers und des Konrad festgestellt worden ist, erklärt, man solle es nun mit der Freisprechung Konrads gut sein lassen. Auch hatte der Vorsitzende die Vertreter der Presse gebeten, von der Sache kein Aufhebens zu machen, und er hat auch den Pfarrer ersucht, die Sache ruhen zu lassen. Dieser hat sich dazu bereit erklärt, wenn nichts in die „rote Presse“ komme. Dann hat der Vorsitzende zu dem freigesprochenen Angeklagten Konrad gesagt: Und Sie, Konrad, gehen Sie ja nicht zur „Arbeiter-Zeitung“! Der Pfarrer scheint sich die Sache aber doch anders überlegt zu haben, denn er erstattete schließlich doch Anzeige gegen Preuß wegen Beleidigung. Die Staatsanwaltschaft beantragte zunächst nach umfangreicher Untersuchung Einstellung des Verfahrens wegen Mangel an Beweisen. Die Beschlußkammer des Landgerichts war jedoch anderer Ansicht, und so kam es zu der Anklage gegen Preuß wegen Beleidigung und wegen wissentlichen Meineids. Vor der Verhandlung vor der Strafkammer war übrigens Konrad auch noch einmal zum Kommissar geladen worden, der ihn „außerdienstlich“ veranlassen wollte, die ganze Sache zurückzunehmen. Die Beweisaufnahme vor dem Schwurgericht gestaltete sich für den Schutzmann so erdrückend, daß das Gericht zu der bereits genannten Strafe kam. — Wir fragen, wie wäre die Sache ausgegangen, wenn Konrad nicht das Glück gehabt hätte, solch unverdächtige Zeugen zur Seite gehabt zu haben? Dann wäre er wohl unschuldig ins Gefängnis gewandert!

Aus Nah und Fern.

Mord. Im Berliner Vorort Lichtenberg ist am Dienstag die unverehelichte Margarete Grosse in ihrer Wohnung im Bett erdrosselt aufgefunden worden. Die Leiche muß schon mehrere Tage gelegen haben. Der Mord dürfte in der Nacht zum Sonntag begangen worden sein. Der Täter ist nicht festgestellt. — Der Mörder ist gestern nachmittag in der Person des bisherigen Geliebten der Grosse, des verheirateten Fensterputzers Fritz Weißenborn ermittelt worden. Seine Verhaftung ist bisher noch nicht erfolgt.

Ein Raubmord im Walde. Aus Beuthen wird gemeldet: Unweit Trzebinia an der schlesisch-galizischen Grenze ist der Schichtmeister Sliwinsky von drei Banditen im Walde überfallen worden, sechstausend Kronen wurden ihm geraubt. Die Räuber, anscheinend russische Ueberläufer, sind entkommen. Auf der Flucht haben sie 1600 Kronen verloren, die später gefunden wurden.

Pommersche Milchsuppe. Wie unberechtigt die Klagen der Landarbeiter über ungenügende Verpflegung sind, lehrt ein Beispiel aus den pommerschen Gefilden, wo auf dem Gute eines Rittergutsbesitzers in der Nähe von Anklam den Knechten des Morgens statt der üblichen Wassermehlsuppe Milchsuppe verabreicht wird. Die Besorgtheit der gnädigen Frau um das Wohlergehen ihres Gesindes geht so weit, daß eine Kammerjungfer, die den Knechten die gewohnte Milchration entziehen wollte, den Gutshof verlassen mußte. Wie das kam, sei in folgendem mitgeteilt: Die gnädige Frau legt großen Wert darauf, durch Körperschönheit und zarte Haut die Zuneigung ihres Gatten sich zu erhalten. In hervorragendem Maße soll die Schönheit des Teints durch Baden in Milch gefördert werden. Da auf einem ostelbischen Gute 5 bis 10 Liter Milch eine Kleinigkeit sind, war es der Frau Baronin ein leichtes, von der Mamsell zu verlangen, daß sie ihr jeden Morgen zwei Waschbecken mit Milch bereit stelle, um Gesicht und Hände darin zu baden. Da die gnädige Frau sich nur sehr wenig schmutzig macht, wäre es schade, die schöne Bademilch den Schweinen vorzusetzen. Die kommt den schwer arbeitenden Knechten mehr zugute und so wurde die Milch nach dem Bade verwandt, dem Gesinde damit die Mehlsuppe zu veredeln. Der gute patriarchalische Brauch ging jahrelang, bis eine vor kurzem eingetretene junge Mamsell neuzeitliche Umsturzideen empfand. Sie goß die Milch in die Schweinetränktonne, bis diese Verschwendung der Gnädigen zu Ohren kam. Die entrüstete Bemerkung der Edeldame: „Für die Knechte ist diese Milch doch gut genug“ beantwortete der junge Naseweis mit einem vorlauten: „Pfui, gnädige Frau, so was kann ich doch den Leuten nicht geben“. Jetzt nach der Entlassung der jungen Rebellin findet wahrscheinlich die gute Absicht der Frau Baronin keinen Widerspruch mehr, so daß das Gesinde wieder zu seiner kräftigen Milchsuppe kommt.

Lieber ins Gefängnis als in die Fürsorgeerziehung. Wie schlimm es um die preußische Fürsorgeerziehung bestellt ist, zeigt wieder einmal deutlich folgender Fall: Aus der ostpreußischen Erziehungsanstalt Eichhof war kürzlich der Fürsorgezögling Albert Kirschning aus Tilsit entlaufen. Er wurde schließlich von der Polizei gefaßt und machte das Geständnis, er hätte mit einem Kollegen zusammen eine Anzahl schwerer Einbruchsdiebstähle verübt. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, doch die ergab, daß der Fürsorgezögling sich falsch beschuldigt hatte, und zwar nur deshalb, damit er statt in die Erziehungsanstalt in das Gefängnis komme. Er sollte aus der Untersuchungshaft nach der Erziehungsanstalt gebracht werden. Um aber den Transport nach dort unter allen Umständen zu verhindern, überfiel er den Beamten, der ihn abholen wollte, in der Zelle und schlug ihn mit der Ofentür derart über den Kopf, daß der Mann besinnungslos zusammenbrach. Der Fürsorgezögling wurde darauf gefesselt, worauf sein Weitertransport erfolgte. Die preußische Fürsorgeerziehung züchtet also Verbrecher, anstatt die jungen Leute zu ordentlichen Menschen zu machen.

Der Pfadfinder. Die „Straßburger „Post“ (Nr. 613) schreibt aus Heidelberg, 30. Mai: Der fünfzehnjährige Sohn einer hiesigen angesehenen Familie, der als Mitglied des Pfadfinderkorps schon mancher nächtlichen Übung beigewohnt hat, und dem die „Kriegsspiele“ wohl in den Kopf gestiegen sind, entfernte sich zu Beginn dieser Woche, mit Revolver und Dolch ausgerüstet, von der elterlichen Wohnung, um auf eigene Hand Streifzüge zu unternehmen. In der Nähe von Handschuhsheim wurden von dem Burschen zwei Töchter eines Bildhauers in Wilhelmsfeld angehalten; nach Aussage der Mädchen soll der junge Mann eines der Mädchen angepackt und mit dem Dolche bedroht haben. Infolge des lauten Schreiens der Mädchen habe er von ihnen abgelassen. Von einem Waldhüter wurde dann der Bursche vorgestern aufgegriffen und der Polizei zugeführt. Man fand bei ihm den Dolch und einen Revolver mit etwa fünfzehn Patronen. In Ziegelhausen hatte sich der Pfadfinder, der auf den unrechten Pfad gekommen ist, Geld erschwindelt.

Fahr wohl. In Neustadt a. H. hat sich dieser Tage im dortigen Bahnhofsrestaurant ein spaßhaftes Vorkommnis zugetragen. Es saßen da, so erzählt man der „Frankf. Ztg.“, etwa 150 Herren im schwarzen Anzug, Bahnbeamte verschiedener Stationen in Begleitung eines Gesangvereins aus Mundenheim. Die Herren hatten dem Bahnverwalter, der in Mundenheim stationiert war, und in seinem Heimatsort Königsbach beerdigt wurde, das letzte Geleit gegeben. Sie warteten nun auf den Abgang des Zuges. Warten aber macht Langeweile. Und deshalb entschloß man sich — wozu ist man auch ein Gesangverein? — ein Lied anzustimmen. Es war das bekannte „Weh, daß wir scheiden müssen“. So ernst nun auch der Tag war und so schön das Lied, es geschah etwas, das die ganze Gesellschaft heiter stimmte. Als nämlich die Sänger den Refrain sangen: „Fahr wohl, fahr wohl, mein teures Lieb“ trat der Oberportier ein, um zum Einsteigen abzurufen. Und da bekam man folgendes zu hören: „Fahr wohl“, — — — „Nach Lambrecht, Hochspeier, Kaiserslautern“ — — — „Fahr wohl“ — — — „nach Landstuhl, Homburg, Kusel“ — — — „mein teures Lieb“ — — — „nach Enkenbach, Landmeil, Münster am Stein!“ — Begreiflicherweise kamen durch diese Zwischenrufe die Herren, so geschulte Sänger sie auch sein mochten, vor Lachen aus dem Konzept. Nachdem man sich tüchtig ausgelacht hatte, begann man nach einer Weile das Lied von neuem. Doch just in dem Moment, als man wieder an den Refrain kam: „Fahr wohl!“, trat der Oberportier wieder ein und weithin tönte sein Ruf: „Nach Haßloch, Schifferstadt, Ludwigshafen“ — „fahr wohl“ — „nach Mannheim, Frankfurt“ — „mein teures Lieb“ — „nach Speier, Germersheim, Karlsruhe“. Abermals stürmisches Gelächter. Wieder mußte man abbrechen, diesmal aber auch darum, weil's jetzt Zeit zum Einsteigen war.

Unwetterkatastrophe in Spanien. Infolge anhaltender Regengüsse wurden durch Überschwemmungen im Battantale zahlreiche Häuser zerstört. Viele Menschen sollen ertrunken sein.

Kunst und Wissenschaft.

Gerhard Hauptmann ist wieder „unten durch“. Gerhard Hauptmann, der Dichter der „Weber“ war im Laufe der Jahre mit seinen Dichtungen so stark auf die schiefe Ebene hinabgeglitten, daß ihn die wohlgesinnte und patriotische Gesellschaft völlig für sich reklamierte. Es wurde ihm daher auch die Schaffung eines Festspieles zur Jahrhundertfeier der Stadt Breslau übertragen. Am Sonnabend fand nun in der gewaltigen Festhalle in Breslau die Uraufführung dieser jüngsten Hauptmannschen Muse statt, und siehe da, neben vielem patriotischem Brillantfeuerwerk machte sich auch wieder etwas revolutionärer Geist bemerkbar, wenigstens nach der Ansicht der Hurrapatrioten. Das hat letztere nun stark in Aufregung gebracht. Das Stück, das den Titel „Festspiel in deutschen Reimen“ führt, bringt in Einzelbildern und Massenszenen, in denen 2000 Personen mitwirken, die französische Revolution, den 12jährigen Napoleon, den Ruhm und Sturz Napoleons, das schlafende Deutschland und die Erhebung Preußens zur Darstellung und schließt mit einer großartigen Friedensprozession. Ganz besonders ist unseren Rüstungsfanatikern die Friedensszene auf die Nerven gefallen. Ja, Hauptmann wurde wegen seiner Friedensszene ausgezischt. Das hat Gerhard Hauptmann um die deutschen Patrioten wirklich nicht verdient.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Elend. Da ich einen halben Tag in dieser Stadt verweilen konnte, benutzte ich diese Zeit, um die Stätten des Elends anzusehen. Ein Genosse stellte sich mir in liebenswürdigster Weise zur Verfügung und führte mich in die Höhlen der Heimarbeit. Durch enge Straßen mit niedrigen Häusern führte uns unser Weg. In eines dieser Häuser traten wir ein. In einem Raume saßen vier Mädchen, die Puppenperücken arbeiteten. Und wie arbeiteten sie! Vor ihnen lag ein Berg genähter Perücken, die noch frisiert werden mußten. Auf ihrem Schoße hatten die Mädchen eine größere Puppe, der setzten sie eine Perücke auf und mit einem Brenneisen brannten sie die Locken und zwar mit einer Geschwindigkeit, die mich in Staunen versetzte. Sie arbeiteten immerfort, ohne auch nur aufzusehen. Blaß und schmal sahen diese Mädchen aus, man merkte an ihnen nichts von jugendlicher Frische. Ihr Wochenlohn betrug 8—12 Mark.

In einem anderen Hause wurden vollständige Puppen mit Wachsköpfen, zirka 20—25 Zentimeter groß, hergestellt. Für das ganze Dutzend solcher Puppen, die noch mit einem Hemd bekleidet waren, erhält der Arbeiter nur 1 Mk. Aber was für eine ungeheure Arbeit muß dafür geleistet werden. Da werden die Wachsköpfe in Formen gegossen, dann werden die Glasaugen darin befestigt, die aber erst von einem Glasbläser gekauft werden müssen. Darauf wird der Kopf mit Gips ausgegossen, bemalt und dann wird die Perücke befestigt. Der Puppenleib besteht aus Stoff und wird mit Sägespänen und dergleichen ausgefüllt. Die Arme und Beine, die aus Papiermaché bestehen und die ebenfalls gekauft werden müssen, werden in eine Flüssigkeit getaucht, damit sie Farbe erhalten. Und diese Flüssigkeit verbreitete einen unangenehmen süßlichen, beißenden Geruch, von dem die ganze Wohnung angefüllt war. In dieser Luft arbeitete nun die ganze Familie, oft bis in die sinkende Nacht hinein. Man kann sich denken, wie gearbeitet wird, wenn der Lohn für das ganze Dutzend solcher Puppen nur 1 Mk. beträgt, wovon noch das Material selbst besorgt werden muß.

Ich atmete auf, als wir den Raum verließen und auf der Straße wieder frische Luft schöpfen konnten. Nun führte mich mein Begleiter zu einem anderen Arbeiter, einem Drücker. Er wohnte in einem niedrigen Hause mit kleinen Fenstern. Als wir durch die Haustüre gingen, mußten wir uns bücken, um nicht anzustoßen. Ich öffnete die Stubentür. Aber entsetzt prallte ich zurück. Ein so fürchterlicher Geruch entströmte diesem Raume, daß ich nicht zu atmen wagte. Der Hals war mir wie zugeschnürt. Aber dann trat ich näher. In einem engen, dunklen und sehr niedrigen Raume wurde gearbeitet. Der Mann knetete in einer Wanne eine Papiermachémasse durch. Ein jüngerer Arbeiter, der an einem Tische saß, rollte diese Masse mit der Hand lang aus, legte sie in eine Form und drückte dann mit aller Kraft den oberen Teil der Form darauf. Dann legte er die Form wieder auseinander und nahm das fertiggepreßte Puppenbein heraus. Und diese Arbeit ging mit einer garnicht zu beschreibenden Hast vor sich. Ohne auch nur aufzusehen, arbeitete er fortwährend mit fieberhafter Eile. Zu diesem Hasten sind die Arbeiter gezwungen, denn der Verdienst ist auch bei dieser Arbeit erbärmlich niedrig. Für 12 Paar Arme und 12 Paar Beine bekam der Arbeiter zusammen nur 12 Pfg. und dabei mußte er noch das Papiermaché selbst liefern. Wenn diese Puppenarme und -beine aus der Form herauskommen, sind sie noch lange nicht fertig. Sie werden auf Bretter mit lang hervorstehenden Nägeln gesteckt und diese eines über das andere zum Trocknen auf den Ofen gestellt, wobei dann der fürchterliche Geruch entsteht. Wenn die Masse getrocknet ist, müssen noch die Drucknähte verputzt werden, was meistens die Arbeit der Frauen und Kinder ist. Jetzt erst sind für die genannte Anzahl die 12 Pfennige verdient. „Wenn ich mit meiner Familie 15 Mk. verdiene, kann ich zufrieden sein, oft aber ist's auch weniger," sagte mir der Arbeiter. Das sind wahrhaft grauenvolle Zustände. Jedem fühlenden Menschen muß sich das Herz zusammenpressen, daß in solchen Räumen und bei solch elenden Löhnen Menschen arbeiten, und daß Kinder, die kaum ihre Händchen gebrauchen können, gezwungen werden, mitzuverdienen. Die armen Frauen haben überhaupt nichts von ihrem Leben. Immer müssen sie schaffen, von morgens bis in die späte Nacht, einen Tag wie den andern.

Als wir die Wohnung dieses Arbeiters verließen, packte mich die Empörung über diese Zustände, aber mein Begleiter sagte mir, daß ich das Schlimmste noch garnicht gesehen habe, und wenn ich Zeit hätte, würde er mich in die umliegenden Dörfer führen, da könnte ich noch größeres Elend sehen. . . .

Ein anderer Tag führte mich in einen Ort, der zu den höchstgelegenen des Thüringer Waldes gehört. Herrlich war der Weg durch den Wald mit den alten hohen Tannen. Eine herbe, frische Luft wehte. Das erreichte Dorf war von Glasbläsern bewohnt. Fast in jedem Hause arbeitete ein Glasbläser mit seiner Familie, um Christbaumschmuck und Perlen anzufertigen. Die Lohnverhältnisse sind ähnlich wie in der Sonneberger Spielwarenindustrie. Die Heimarbeiter liefern ihre Waren sauber in Kartons verpackt an die Großhändler. Für ein Dutzend Glaskugeln, für die man in Berlin im Warenhaus 80 Pfg. bis 1 Mk. bezahlen muß, erhalten sie von den Händlern nur 30—36 Pfg. Und doch gehören eine Menge Verrichtungen dazu, ehe der Christbaumschmuck zum Verkauf fertig ist. Das Blasen der Kugeln, eine äußerst anstrengende Arbeit, geschieht meist durch Männer. Aber die übrigen Arbeiten, Silberglanz fertigen, Lackieren, Bemalen, Verputzen usw. usw. ist Sache der Frauen und Kinder. Die Perlen werden von Frauen und oft auch von Kindern geblasen. Für tausend solcher Perlen gibt es 70 Pfg. Auch in gesundheitlicher Beziehung ist diese Arbeit sehr schädlich. Das fortwährende Hineinsehen in die Stichflamme und das ewige Sitzen führen zu Erkrankungen der Augen und der Lungen. Die Frauen verdienen im Durchschnitt 8—10 Mk. pro Woche bei angestrengter Arbeit.

Aehnlich schlechte Zustände findet man auch dort, wo Frauen für die Porzellanindustrie in der Heimarbeit beschäftigt werden. Wenn man die elenden Wohnungen der Heimarbeiterinnen, die oft nur aus einem Raume bestehen, und die kranken, schlecht genährten Kinder sieht, dann kann einen der Menschheit ganzer Jammer packen. Beim Gießen und beim Verputzen wird viel Staub entwickelt, den die Frauen und die Kinder ständig einatmen müssen. Die Folgen sind häufige Erkrankungen der Atmungsorgane. Die Lungentuberkulose, dieser furchtbare Würgengel, sucht und findet seine Opfer bei Männern, Frauen und Kindern, die in der Porzellanindustrie arbeiten, in reichstem Maße. Eine Frau sagte mir ganz verzweifelt: „Was nutzt es mir, wenn ich die Stube reinmache, wenn ich eine Stunde arbeite, sieht es genau so aus, wie vorher. Ich gebe mir die größte Mühe, die Wohnung sauber zu halten, aber es geht nicht." Der weiße Staub lag hier auf den dürftigen Möbeln, auf dem Fußboden, auf den Haaren der Frau, auf ihrer ganzen Kleidung. An der Wand stand eine alte Wiege mit einem 6 Wochen alten Kinde. Das arme Kind! —

Und so könnte man weiter berichten. Nichts als Elend sieht man im Thüringer Walde. Ja gewiß, schön ist die Gegend, aber was haben die Arbeiterfrauen und -mädchen davon? Die Frauen kommen nicht einmal dazu, einen Spaziergang zu machen. Sie sehen nichts von der Schönheit ihrer Heimat, sie kommen aus ihrer Wohnung gar nicht heraus. Wieviele Frauen habe ich angetroffen, die vielleicht 2 Stunden von einer Stadt entfernt wohnten, aber diese noch nie gesehen hatten. So spielt sich das ganze Leben solcher Arbeiterinnen nur in einem Orte ab, immer in denselben elenden Verhältnissen. Nicht nur die Frauen, sondern auch die Kinder haben schwer darunter zu leiden, frühzeitig werden sie in den Kampf ums Dasein hineingetrieben. Die schönste Zeit der Kindheit wird ihnen rücksichtslos geraubt, im Interesse des Kapitals.

Noch ist es schwer, die Arbeiter und Arbeiterinnen für den Gedanken der Organisation empfänglich zu machen, die Löhne sind überall niedrig und dabei der Lebensunterhalt so teuer, daß sich die Ausgebeuteten scheuen, die paar Pfennige für die Organisation zu zahlen. Sie haben eben noch nicht erkannt, daß diese Beiträge hundertfältige Frucht für sie tragen würden. Allerdings, vorwärts geht es auch hier schon. In einigen Orten hat der Porzellanarbeiter- und der Glasarbeiterverband festen Fuß gefaßt und Verbesserungen für die Mitglieder erzielt; auch unsere Partei nimmt an Mitgliedern immer mehr zu.

M. K.

Heiteres.

Im Straßenbahnwagen. Schaffner: „Können Sie denn nicht noch ein wenig näher an diese Dame herangrücken, mein Herr?" — Passagier (zögernd): „Fragen Sie doch mal bitte meine Frau, die da drüben auf der Bank sitzt!"

Vergleich. Lehrer: „Was weißt du von den Pilzen, Artur?" — Schüler: „Die Pilze schießen wie die Kinos aus der Erde."

Ach so! Du Vata, wat heeßt det ejentlich — Tiefe Beene? — Weeß ick nich, jieb mal dein Buch her! Schafskopp, det heeßt doch Tiefebene!

Ueberflüssig. „Sie schreiben Ihrem Gatten alle Tage?" — „Um ihn auf dem laufenden zu erhalten!" — „Dafür sorgt doch schon der Mühlbrunnen in Karlsbad!"

(Aus „Lustige Blätter".)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unterhaltungsblatt
des Lübecker Volksboten.

Nr. 22. Mittwoch, den 4. Juni 1913.

Der Streikanstifter.

Erzählung von J. Köttgen.

Rauchend und ihren Kaffee und Likör schlürfend, saßen die Klubmitglieder in bequemen Sesseln in einem großen Kreise um das mächtige Feuer, das in dem prächtigen marmornen offenen Kamin des hohen und stattlichen Rauchzimmers brannte. Es war so wohltuend, nach einem guten Diner die Beine ordentlich von sich zu strecken und die Speisen zu verdauen.

Der einzige, der nicht bei Laune war, war der Oberst. Er konnte seine Demütigung nicht hinunterschlucken.

Fast wäre das Diner ein Fiasko geworden. Denn gerade als die Klubmitglieder am Tische Platz genommen hatten, hatte sich der Sekretär der Gewerkschaft der Köche und Kellner eingestellt und dem Geschäftsführer erklärt, daß das Personal die Arbeit sofort ruhen lassen werde, wenn die Klubverwaltung die Forderungen der Angestellten nicht bewilligte. Und mit dem Gewerkschaftssekretär traf die Hiobspost ein, daß die Köche und Kellner schon streikten. Was war da tun? Schnell wurde der Wirtschaftsausschuß zusammengetrommelt, der mit allen gegen eine Stimme entschied, sich mit dem Verein der Arbeiter zu einigen.

Die eine Stimme war die des pensionierten Obersten, der wegen seiner unvergleichlichen Kenntnisse aller Weine und Liköre — man erzählte sich von ihm, daß er mit verbundenen Augen durch den Geruch allein den Jahrgang jeder Whiskysorte feststellen könnte — im Wirtschaftsausschuß gewöhnlich die erste Geige spielte. Diesmal aber hatte man seinen Vorschlag, nämlich: den unverschämten Kerl einfach beim Kragen zu fassen und auf die Straße zu werfen, nicht einmal einer Erwiderung gewürdigt.

Die jungen Leute hatten es sich bei Tische nicht nehmen lassen, zum großen Verdruß des Obersten ihre Witze über das Ereignis vom Stapel zu lassen. Im Rauchzimmer ließen sie nun die Geistesblitze los, deren Vorbereitung etwas Zeit in Anspruch nimmt.

Einer hatte ein Gedicht verfaßt und sagte es her:

Wenn Hebe streikt und Ganymed
Und auch der flinke Hermes,
Dann hilft kein Jammern und Gebet,
Denn aus ist unsere Kermes . . . . .

Au! Halt! Mord! Polizei! erschallte es von allen Seiten. Der Oberst, der vor dem Feuer stand, zupfte nervös an dem mit einer reichlichen Portion Hammelfett steif und spitz gedrehten Schnurbart. In dem Augenblick wünschte er, er könnte all die Lacher wie eine Bande Rekruten auf vierzehn Tage ins Loch stecken!

Schließlich platzte er heraus:

„Es ist ein wahrer Unfug. Ich verstehe nicht, wie sich der Ausschuß so feigherzig benehmen konnte. Ich sage, es ist Erpressung und nichts anderes. Wo sind die Gesetze? Wo ist die Polizei? Wo die Regierung?"

Und nun hatte er sein Lieblingsthema gefunden: die liberale Regierung. Die Regierung war an allem schuld. Es gab kein Verbrechen, keine Gemeinheit, deren er seine politischen Gegner nicht fähig hielt. Man ließ ihn eine Weile toben, denn niemand verspürte Lust zum Politisieren.

Schließlich unterbrach ihn ein freundlich aussehender weißbärtiger Mann, ein pensionierter Staatsbeamter, mit den Worten:

„Aber Herr Oberst, unsere Partei ist doch nicht gegen die Arbeiter und gegen das Streikrecht! Im Gegenteil: wenn wir am Ruder sind, kommen nie solche Totschießereien vor wie unlängst bei Llanelly. Wer klug ist, sucht mit den Arbeitern gut zu stehen; denn die große Wählermasse besteht nun einmal . . . . ."

„Ach was", fiel ihm der Oberst ins Wort. „Es handelt sich hier nicht um die Arbeiter, denen ich gern einen auskömmlichen Lohn gönne . . . ."

„Und bezahle", warf ein junger Mensch ein, der ein Monocle trug und den Zyniker spielte.

„Ja, und bezahle", bemerkte gereizt der Oberst. „Aber diese endlosen Streiks sind das Werk von Leuten, die daraus ein Geschäft machen, die davon leben, die Arbeiter gegen ihre Brotgeber aufzuhetzen. Sie sind das Werk von gewissenlosen Agitatoren, die sich nichts daraus machen, Arbeiterfamilien zu Hunderten an den Bettelstab zu bringen. Wenn ich die Macht hätte, würde es bald besser werden."

„Und auf welche Weise?" fragte gelassen der Weißbärtige.

Der Oberst war zuerst etwas verlegen. Dann erwiderte er mit geheimnisvoller Miene:

„Man soll einmal auf ein paar Wochen das Kriegsrecht proklamieren."

„Damit würden Sie nichts ausrichten", versetzte der Staatsbeamte. „Sie verkennen die ganze Lage. Streiks kommen nicht von oben, sondern von unten. Die Leiter der Arbeitervereine gleichen den Regierungen, die kaum etwas unternehmen, wozu sie von ihren Auftraggebern nicht gedrängt und geschoben werden. Während meiner langjährigen Tätigkeit im Handelsministerium habe ich einen guten Einblick in diese Dinge erhalten, da ich oft bei wirtschaftlichen Konflikten den Vermittler gespielt habe. Sie alle haben gewiß schon von Jack Boßlett gehört?" fragte der Sprecher plötzlich eine Anzahl Klubmitglieder, die ihren Sessel näher rückten, da sie den Weißbärtigen gern erzählen hörten.

Man nickte ihm bejahend zu und der Oberst sagte barsch:

„Der Kerl gehört schon längst an den Galgen!"

Ohne dieses militärische Urteil zu beachten, fuhr der Erzähler fort:

„Jack Boßlett ist eine der merkwürdigsten Persönlichkeiten in der Londoner Arbeiterwelt. Er hat zwar nie die große Popularität genossen wie manche seiner Kollegen, doch kommt ihm kein einziger an Fähigkeit auch nur nahe. Sein Scharfsinn ist manchmal verblüffend und seine Kenntnisse sind außerordentlich groß. Als einfacher Arbeiter hat er sich in seinen Mußestunden nicht nur ein gründliches nationalökonomisches Wissen, sondern auch bedeutende Kenntnisse in den alten und neuen Sprachen angeeignet.

Ich hörte ihn vor kurzem in einem der interessanten Massenmeetings unter freiem Himmel im Osten. Es war in der Versammlung, von der die Zeitungen am nächsten Morgen unter der Ueberschrift berichteten: „Ein Streikführer von einer Frau an den Pranger gestellt!" Der Vorfall, wie ich ihn wahrnahm, spielte sich so ab. Boßlett hatte kaum den Mund aufgetan, als eine Frau aus der Menge rief: „Erzähl' uns was von dem Streik bei Carters! Du hast meinen Mann um die Arbeit gebracht! Ein netter Volksführer!" Es entstand ein großer Tumult. Die Leute fragten einander, was die Frau meine. Nur wenige verstanden die Anspielung. Der Redner war sichtlich verlegen und stotterte. Die Frau ließ sich nicht beruhigen. Als die Ordnung wieder hergestellt war, erklärte Boßlett, daß der Streik bei Carters vor länger als zwanzig Jahren stattgefunden und daß er sich in bezug auf diese Angelegenheit nichts vorzuwerfen habe.

Hier fängt nun die Geschichte an, die, wie Sie sehen werden, Herr Oberst, Ihre Ansichten über die Entstehung der Streiks widerlegt."

Der Oberst wendete sich gelangweilt ab und fing mit einem Nachbarn ein Gespräch an.

„Nach der Versammlung," fuhr der Erzähler fort, „traf ich Jack Boßlett zufällig in einem Straßenbahnwagen. Wir erneuerten eine alte Bekanntschaft und auf mein Verlangen erzählte er mir von dem Streik bei Carters.

„Es war vor mehr als zwanzig Jahren," hub er an, „als die Magazinsarbeiter bei Carters in den Streik traten. Damals — zu Ende der Achtzigerjahre — lebten wir in einer der heutigen sehr ähnlichen Zeit. Die Unruhe unter den Arbeitern war groß. Das Proletariat reckte sich und es schien, als wollte der Arbeiterriese die kapitalistische Welt mit einem Ruck aus ihren Angeln heben. Ueberall Streiks. Ueberall schossen die Organisationen der Arbeiter wie Pilze in einer Sommernacht aus dem Erdboden. Ich war zu der Zeit Organisator der Gewerkschaft der Magazinsarbeiter und entsinne

mich, daß ich viel zu tun hatte, denn jeden Tag strömten uns neue Mitglieder zu. Die Arbeiter bei Carters gehörten zu den ersten der neuen Mitglieder, die der Organisation beitraten. Bis zu der aufgeregten Zeit war kein einziger von ihnen organisiert gewesen. Das erste Häuflein von ihnen, das sich uns anschloß, bekehrte in weniger als vierzehn Tagen die gesamte Arbeiterschaft der großen Firma. Wir waren alle nicht wenig stolz auf unseren Erfolg. Manche von uns hatten jedoch eine geheime Angst vor den Scharen der neuen, unerprobten Mitglieder, deren unüberlegter Eifer die Gewerkschaft in die gewagtesten Abenteuer stürzen konnte.

Die Leute bei Carters waren besonders begeisterte Anhänger der Organisation, die nicht allein regelmäßig und pünktlich ihre Beiträge abführten, sondern ihr Interesse an der Bewegung auch auf andere Art praktisch bewiesen. Das ging so mehrere Wochen lang. Da glaubten sie, daß nun die Zeit reif sei, um einen Streik zur Abstellung der mannigfaltigen Uebelstände, unter denen sie litten, zu riskieren. Ich riet dringend davon ab. Es war im Winter. Die Zeit war höchst ungünstig für einen Kampf der Magazinsarbeiter. In London liefen Tausende Arbeitslose umher. Auch dachte ich an die Unterstützungsfrage. Die Arbeiter gehörten auch nicht lange genug der Organisation an, um nach den Bestimmungen der Statuten Unterstützung beziehen zu können. Doch all mein Reden machte auf sie keinen Eindruck. Das größere Selbstbewußtsein, das ihnen ihre Zugehörigkeit zu der Gewerkschaft verliehen, ließ ihnen die bisher erdulteten Peinigungen und Demütigungen schier unerträglich erscheinen. Sie waren überzeugt, daß Carters in wenigen Tagen nachgeben müßte, wenn sie die Arbeit niederlegten.

Es mag Ihnen vielleicht bekannt sein, daß ungelernte Arbeiter sehr schwer davon zu überzeugen sind, daß sie in einem Betrieb leicht ersetzlich sind. Das klingt sehr befremdend; aber die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt leugnen. Es war ganz aussichtslos, die Arbeiter der Firma Carters von ihrem Vorhaben abzubringen, indem man ihnen erklärte, daß sie nicht notwendig seien, daß Tausende andere zu dieser Jahreszeit ihre Plätze füllen würden.

An einem Morgen im Februar meldete mir meine Frau, daß sich eine große Menschenmenge vor unserem Hause angesammelt habe und nach mir verlange. Ich bekam einen Schreck. Ich dachte an die Firma Carters, an den Monat Februar, den denkbar schlechtesten im Jahre für Arbeitskämpfe. Ich ging hinaus. Richtig! Es waren unsere Mitglieder von Carters. Ein Mädchen war wegen irgend einer Kleinigkeit entlassen worden. Ihre Kollegen hatten sich darauf sofort mit ihr solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt.

Sofort begab ich mich zum Geschäftsführer der Firma und in einer Viertelstunde konnte ich der auf der Straße harrenden Menge mitteilen, daß der Streit beigelegt sei und daß die Arbeiterin wieder anfangen könne. Nun aber trug sich zu, was sich so oft ereignet, wenn ein kleiner Funke einen Kampf entfacht, für den eine lange Tyrannei die wirklichen Ursachen geliefert hat. Man wollte die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis eine Reihe Reformen durchgeführt worden wäre. Ich sprach gegen diese Taktik, wies auf die ungünstige Geschäftslage hin und bat die aufgeregte Menge, sie möchte eine bessere Zeit abwarten, wenn die Geschäfte bei Carters am flottesten gingen. All mein Reden war vergebens. Ich fand nur taube Ohren bei Menschen, denen der starke junge Wein des neuen Unionismus in den Kopf gestiegen war. Man wählte ein Streikkomitee, das unverzüglich zusammentrat und ein Programm entwarf, das dem Geschäftsführer vorgelegt werden sollte. Ich erinnere mich, daß eine Forderung die Entlassung eines Werkmeisters war, der sich durch die brutale Behandlung seiner Untergebenen besonders verhaßt gemacht hatte. Die Arbeiter hatten ihm den Spitznamen „Tiger" gegeben.

Dem Streikkomitee mit mir an der Spitze wurde beim Geschäftsführer ein übler Empfang zuteil. Fast hätte man uns hinausgeworfen.

Es blieb mir nun nichts anderes übrig, als die Angelegenheit dem Exekutivkomitee mitzuteilen, das von der Arbeitseinstellung wenig erbaut war. Erst nach einem harten Kampfe gelang es mir, den Ausschuß zu bewegen, den Streikenden Unterstützung zu bezahlen, auf die sie noch keinen Anspruch hatten. Aber was half das? Nach drei Tagen arbeitete man bei Carters wieder wie gewöhnlich. Die Firma hatte Streikbrecher in Hülle und Fülle gefunden unter der großen Armee der Hungerleider, die zu Anfang des Winters ihren Marsch nach der Hauptstadt antritt. Die Polizei hielt ein paar Tage lang alle Straßen in der Nachbarschaft des Geschäftshauses besetzt. Einige zwanzig unserer Mitglieder wanderten ins Gefängnis. Dann wurde es still.

Acht Wochen dauerte der aussichtslose Kampf. Am Ende der achten Woche beschloß der Ausschuß, keine weitere Streikunterstützung zu bezahlen. Das Geld wurde knapp. Die jungen Mitglieder fanden an anderen Orten Beschäftigung. Vielen der alten ging es sehr schlecht.

Der Ausgang des Konflikts war eine furchtbare Enttäuschung für unsere neuen Mitglieder, die ihren Fehler nicht einsehen wollten und der Organisation auf lange Jahre hinaus verloren gingen. Der Streik war eine jener zahlreichen Episoden in dem Befreiungskampf meiner Klasse, die man zu Zeiten erlebt, in denen das erwachende Solidaritätsgefühl den bisher unorganisierten Massen eine sorglose Zuversicht verleiht, die in unüberlegten Handlungen ihren Ausdruck findet. Einige der Enttäuschten, die einen Sündenbock suchten, machten mich für den Mißerfolg verantwortlich. Noch Jahre nachher hat man mir Vorwürfe gemacht, die ich sicher nicht verdiene. Aber was soll ich tun, wenn mich jemand wie jene Frau in der Versammlung anklagt, einen Menschen brotlos gemacht zu haben? Soll ich jedermann die lange Geschichte erzählen, mit der ich Sie gelangweilt habe?"

Der Weißhärtige war am Ende seiner Erzählung. Einige der umherstehenden Klubmitglieder wendeten sich achselzuckend ab.

Dann nahm der Erzähler wieder das Wort:

„Nun, Herr Oberst, glauben Sie, daß Jack Boßlett wirklich so sehr darauf verpicht ist, Streiks anzuzetteln? Hier haben Sie einen Fall, der in der Tat vorgekommen ist . . ."

Aber der Oberst war verschwunden. Er konnte den Weißhärtigen, diesen Quatschkopf, wie er ihn gelegentlich seinen Kameraden gegenüber nannte, nicht ausstehen.

Aus der Welt der Kinos.

In der Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts" macht R. F. die nachstehenden interessanten Ausführungen:

„Vor 16 Jahren wurde in einem primitiven Raum am Boulevard Hausmann in Paris der erste Film vorgeführt, ohne wesentliche Anteilnahme der Öffentlichkeit und weitere Wirkung. Heute sind allein in Deutschland 26 000 Personen mit Herstellung, Vertrieb und Vorführung beschäftigt, und in den filmproduzierenden Ländern mit Einschluß von Japan mögen es über 100 000 Menschen sein, die ihren Unterhalt in der Filmbranche finden. Heute stehen in Berlin gegen 600 Schauspieler dauernd und zeitweise im Dienste der Filmfabrikanten und sind in Filmaufnahmen tätig. Dabei sind von den 40 maßgebenden Filmfabriken nur 8 in Berlin ansässig. Der Rest verteilt sich auf Frankreich, Italien, England, Vereinigte Staaten, Dänemark, Österreich und Japan. Die bekannteste Filmfabrik Pathé Frères in Paris (die auch in Leipzig eine Filiale besitzt) übertrifft an Umfang und Umsatz sämtliche deutsche Fabriken und deren Gesamtproduktion wesentlich. Filmfabrikation und -Handel haben sich in den letzten Jahren erheblich spezialisiert. Es gibt z. B. gegenwärtig Schauspielergruppen, die eine Idee ausarbeiten, dann ein Kinoatelier mieten, den Film dort mimen und filmen lassen. Der Atelievermieter entwickelt den Negativfilm und wird für seine Arbeit bezahlt. Der Negativfilm wird entweder an Kopieranstalten oder Filmfabriken verkauft, die danach Positivfilms herstellen und an die Filmverleiher verkaufen. Der übliche Geschäftsgang ist der, daß die Filmfabrik mit angestellten Schauspielern das Sujet darstellt und filmt, gegen 60 Positivfilms druckt und an die Filmverleiher verkauft. Diese beziehen von mehreren Fabriken und stellen aus dem ihnen vorliegenden Material „Programme" zusammen, die sie an die einzelnen Theaterbesitzer verleihen. Länger als 30 Wochen hält kaum ein Film und nach 6 Wochen Laufzeit zeigt er schon die senkrechten Brechstellen, deren Spuren auf dem projizierten Bilde man mit „verregnet" bezeichnet. Die Leihkosten eines Programms stellen sich auf ca. 400 bis 500 ℳ (oft werden auch erheblich höhere Summen dafür bezahlt) für ungebrauchte Films — erster Woche. Dasselbe Programm nach ca. 7 Wochen Gebrauch wird ca. 70 ℳ kosten, ist allerdings schon recht ramponiert. Es ist klar, daß nur große Theater Programme erster Woche führen können, während die kleinen sich mit recht abgebrauchten Films begnügen müssen.

58 Prozent aller hergestellten Films sind dramatischen Inhalts, 20 Prozent humoristisch, 5 Prozent aktuell, 1 Prozent Naturaufnahmen, 2 Prozent historisch, 1 Prozent Märchen, zwei Prozent Trickfilms, 3 Prozent Industriefilms, 2 Prozent wissenschaftlich, 2 Prozent Sportfilms.

Ein Film wird im Durchschnitt von 6½ Millionen Menschen gesehen, der Schlagerfilm sogar von 13 Millionen, d. h. die Films haben eine Verbreitung wie keine Zeitung, kein Buch, und ihre Publikationskraft ist geradezu ungeheuerlich; noch dazu, wenn man bedenkt, daß täglich Millionen von Analphabeten in allen Erdteilen vor der weißen Leinwand sitzen und deren eindringliche Bildersprache sehen und verstehen. Es bahnt sich da eine Wirkung an, die der der Buchdruckerkunst im Mittelalter entspricht und sich mit der fortschreitenden Verbesserung des Filmmaterials immer mehr vertiefen wird.

Englische und amerikanische Eisenbahnen lassen die an ihren Bahnen gelegenen schönen Landschaften filmen und geben die Aufnahmen gratis an die Theater ab, mit dem Resultat, daß der Fremdenverkehr bedeutend wächst. In den Theatern der Länder mit großer Auswanderung lassen die Einwanderungsgesellschaften der Neuen Welt Reklamefilms laufen, die die Fruchtbarkeit und die Aussichten ihrer Gebiete zeigen. Neuerdings gelang es, die Entwickelung des Hühnchens im Ei zu kinematographieren und die schönen wissenschaftlichen Films einiger Firmen sind in den besseren Theatern immer zu sehen, während leider in den kleinen und billigen „Kintöppen" der wissenschaftliche Film selten ist, dagegen der dramatische und Abenteuerfilm dominiert. Die Programme einiger Theater in den Jugendvorstellungen sind jedoch derart lehrreich und wissenschaftlich interessant, daß ihr Publikum gar nicht aus Kindern besteht, sondern von Personen besucht wird, die sich sonst nicht in „Jugendvorstellungen" begeben. Hier sollten die Freien Volksbühnen eingreifen, die Arbeiterbildungsschulen ihre Tätigkeit anknüpfen und dieses riesige Feld nicht den bürgerlichen Privatunternehmern ausliefern, deren Absichten bei aller Gutgemeintheit doch andere sind, als die der proletarischen Aufklärungsarbeit.

Die Wochenproduktion der Welt beträgt 2 Millionen und 273 000 Meter Film im Werte von fast 3 Millionen Mark. Das ist ein Jahresumsatz von 150 Millionen. Die Branche verfügt über 58 Fachblätter.

Merkwürdigerweise ist in der Kinobranche die Organisation der Arbeiter noch sehr schwach, sogar die Gewerkschaften haben das Gebiet noch wenig bearbeitet. Nur eine kleine Anzahl Kinoangestellte sind organisiert. Es ist die höchste Zeit für die Gewerkschaften, ihre Fachkollegen in den Filmfabriken aufzuklären und in den Verband hereinzuholen.

Gustav und Abraham.

(Ein Stücklein Bibelkritik.)

Ja! Die Lampe brennt!

Auf meinem Schreibtische türmen sich die Korrekturhefte. Die Forderung des Tages! —

Drohend klafft das Faß der roten Tinte, das schwarze ist fest geschlossen. — Man taucht so leicht falsch ein — und eine Korrektur mit schwarzer Tinte! — Nein, es sei Ordnung in unserem Dasein!

Also los!

Da klopft es! Ich kenne dies Klopfen an meiner Zimmertür, ganz fein und doch so „eindringlich".

Das Söhnchen meiner Wirtin.

„Na, man herein, Gustav!"

Die Klinke wird heruntergedrückt und — schwapp — schnellt sie geräuschlos wieder empor.

Und hereinspaziert kommt das Bürschchen, das die Menschen einst Gustav zu taufen beliebten. Fast sechs Jahre zählt er nun und zeichnet sich aus durch eine graue Schürze mit breiten roten Rändern, zwei Augen groß und blau, in denen der Schalk und das Sinnen sonderbar wechseln, und durch eine Nase, deren frech in die Luft stehende Spitzheit seinem frischen Gesichtl etwas liebenswürdig Spatzenhaftes gibt, das zu jenen Augen seltsam wenig passen will.

„Onkel! Bilder ansehen!"

Das ist die bettelnd-diktatorische Formel, die mich mindestens auf eine halbe Stunde festnagelt.

Also da ist eine alte Biblische Geschichte aus meiner Abc-Schützenzeit mit vielen Bildern; die kann er nicht genug durchblättern. Auch die Geschichten kennt er teilweise und liebt sie.

Er kommt nächsten Ostern zur Schule.

„Onkel — das ist Abraham!" beginnt er die Unterhaltung, nunmehr auf drei Brockhausbänden neben mir vor dem Buche thronend.

Meine Korrekturen sieht er nicht, der Ahnungslose.

„Ja, das ist Abraham!"

„Was macht der?"

„Der will den Isaak opfern!"

„Was?!!" — —

„Opfern! — Hm — na ja — sieh mal, er will den Isaak töten, weil er denkt, der liebe Gott will das! — Denk' dir mal, wenn die Mama dich nun bitten würde, du solltest die Flöte wegwerfen, die wir gestern geschnitzt haben. Würdest du das nicht tun?"

„Nein!"

„Aber, wenn sie sehr bittet?"

„Na — — ja ja."

„Na sieh mal, der Abraham dachte sich, der liebe Gott wollte den Isaak gern bei sich im Himmel haben, und darum wollte der Abraham ihn nun töten. Aber der liebe Gott wollte es gar nicht und ließ es denn nicht geschehen!"

— — — — — — — — — —

„T'ja — Du Onkel, der sieht aber komisch aus!"

„Wer?"

„Der Abraham!"

„Wieso?"

„Na — überhaupt." —

Lange Pause. Gustav lacht in sich hinein und ich weiß nicht warum.

Was hat er nur?

„So'n Hemdenmatz!" lacht er plötzlich.

„Aber Gustav!"

Mein mahnender Anruf stört ihn wenig, sondern er fragt nun, was unter dem Bilde stehe.

„Abraham will Isaak opfern, mein Junge!"

„Du, Onkel — ich kann das nicht lesen."

„Nein, das lernst du erst, wenn du in die Schule gehst — Lesen und Schreiben."

Pause.

„Konnte der Abraham lesen und schreiben?"

Hergott, der Bengel fragt einen noch kaputt.

„Nein!"

Pause.

„Und der Isaak?"

„Auch nicht!"

Pause.

Und der Jakob?"

„Auch nicht!"

Pause.

„Onkel, wer hat denn das alles aufgeschrieben?" Und energisch tippt der kleine Zeigefinger auf das verlegen zitternde alte Schulbuch.

„Ja, das hat der Moses aufgeschrieben, weißt du, der durch das Rote Meer gezogen ist."

Pause.

„Du — woher wußte denn der alles so genau?"

„Nun, der Abraham hat es dem Isaak erzählt und der dem Jakob und der wieder seinen Kindern. Und so weiter! Weißt du, genau so, wie wir dir die Märchen erzählen!"

„Hm!

Sehr lange Pause.

Dann wendet mir Gustav seine ganze Front zu, daß der Brockhausbau unter ihm bedenklich ins Wanken kommt.

„Du!" — sinnend heften seine Augen sich auf mich, „meinst du nicht, daß da manches verquatscht ist? Nich?!" — —

„Nach — — nu — un — —"

Eduard Weitsch in der „Frankfurter Ztg."

Für unsere Frauen.

Frauen- und Kinderelend in der Thüringer Heimarbeit.

An einem herrlichen Frühlingstage fuhr ich mit der Bahn durch das schöne Thüringen nach Sonneberg. Die Sonne schien prächtig und verschönte noch die so reizvolle Gegend mit ihren Bergen und Tälern, so daß bei ihrem Anblick einem das Herz aufgehen konnte. Im Wagen aber war's fürchterlich. In drangvoller Enge saßen wir beieinander, kaum konnte man sich bewegen. Arbeiterfrauen waren meine Mitgeführtinnen, Heimarbeiterinnen, die aus dem Innern des Thüringer Waldes kamen und die in Sonneberg ihre Arbeit abliefern und den kärglichen Lohn entgegennehmen wollten. Es war Sonnabend, der Lohntag.

Es waren wohl zwanzig an der Zahl. Sie hatten alle ihre hochbepackten Tragkiepen vor sich stehen. Allen sah man die Not und die Sorge, die schlechte Ernährung und das abgearbeitete, milde Wesen auf den ersten Blick an. Die Hände und Fingernägel dieser Arbeiterinnen waren von Beize und Farbe braun und schwarz geworden.

Ich knüpfte mit einigen Frauen ein Gespräch an und sie erzählten mir von ihren Leiden, erzählten, wie sie bei angestrengtester Arbeit nur 8 und 10 Mk. wöchentlich verdienen, daß auch die Kinder häufig mitarbeiten müssen, und daß sie trotz aller Arbeit nicht durchkommen könnten, denn der Lebensunterhalt wäre doch zu teuer. Ein junges Mädchen seufzte: „Wenn ich doch nur mal fort könnte von hier, ich möchte gern etwas anderes arbeiten, aber die kranke Mutter und die Geschwister zu Haus, es geht ja nicht."

Auf jeder Station stiegen immer mehr Frauen mit ihren Körben ein, und wir waren alle froh, als endlich unser Ziel erreicht war.

Sonneberg hat eine prächtige Umgebung, schön und herrlich erscheint alles dem Fremden, der nur oberflächlich hinschaut, und doch bergen die Stadtmauern das grenzenlose